



**Broschüre der Gruppe
Arbeiter*innenstandpunkt**

Der Jännerstreik 1918 und die Rätebewegung in Österreich

INHALTSVERZEICHNIS

I. DAS ERSTARKEN DER ÖSTERREICHISCHEN ARBEITER*INNENBEWEGUNG BIS ZUM KRIEG	S. 4
II. HABSBURGER-MONARCHIE AM ENDE DES WELTKRIEGS	S. 12
III. DER JÄNNERSTREIK	S. 15
IV. WEITERE ENTWICKLUNG DER RÄTEORGANISATION	S. 27
V. LEHREN FÜR HEUTE	S. 28
ANMERKUNGEN	S. 29
WER WIR SIND	S. 35

Broschüre der Gruppe Arbeiter*innenstandpunkt

2. Auflage, Jänner 2018
Erstveröffentlichung Mai 2010
Wien

Eigenverlag

Redaktionelle Bearbeitung: Michael Märzén
Layout: Michael Märzén, Alexander Zora

Vorderseite: Aufmarsch der Arbeiterräte vor dem Parlament
Foto: ÖNB

Impressum

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck, Redaktion: „Gruppe Arbeiterstandpunkt“ (ASt), Stiftg. 8, 1070 Wien. Konto: 237-112-957/00 BLZ 12000 Bank Austria. Offenlegungspflicht nach §25-Mediengesetz Medieninhaber (Verleger) des vorliegenden Druckwerks ist zu 100% die Partei „Gruppe Arbeiterstandpunkt“ (ASt), Stiftg. 8 1070 Wien. Die Partei ist von anderen Parteien und Vereinen politisch und finanziell unabhängig. Grundlegende Richtung des Druckmediums: Auseinandersetzung mit historischen und aktuellen Fragen der Politik der Arbeiter*innenbewegung.

DER JÄNNERSTREIK 1918 UND DIE RÄTEBEWEGUNG IN ÖSTERREICH

Die Rolle der Sozialdemokratie und der Linksradikalen. Eine historische Aufarbeitung.

Der Jännerstreik 1918 ist in vielfacher Hinsicht ein historisches Ereignis. Zum einen ist er Ausgangs- und gleichzeitig auch Höhepunkt der akuten revolutionären Situation des Jahres 1918, zum anderen repräsentiert er auch eine Zäsur der österreichischen Arbeiter*innenbewegung und der sozialdemokratischen Partei. Während die Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg an der Burgfriedenspolitik festhielt und die Kriegsbestrebungen des Habsburgerstaates teilweise aktiv unterstützte, markierte das letzte Jahr des Krieges einen Umschwung auf eine pazifistische Politik und zwang die Partei schlussendlich eine praktische Richtungsentscheidung zwischen revolutionärer Machtübernahme oder konterrevolutionärer Teilnahme an einer bürgerlichen Regierung zu fällen.

Insgesamt muss die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) ab 1914 als eine reformistische Partei bezeichnet werden, die mit der Zustimmung zum Krieg die Interessen des österreichischen Bürger*innentums bediente und auch im Jännerstreik als wirksames Werkzeug der Monarchie zur Abwendung einer revolutionären Krise benutzt werden konnte. Die zwischen ihrer Gründung und dem Ersten Weltkrieg erlangte hegemoniale Stellung in der österreichischen Arbeiter*innenbewegung ist einerseits Grund für die Möglichkeit zur Besänftigung der aufgebrachtten Massen, andererseits war die Hegemonie auch gleichzeitig ausschlaggebend für die Rätebewegung selbst. Geht man von einer absoluten politischen und organisatorischen Dominanz der Sozialdemokratie über die Arbeiter*innenklasse aus, handelt es sich während der Jännerereignisse um Aktionen zentraler Kernsektoren der Klasse, die den von der Führung vorgegeben Rahmen sprengten. Der Widerspruch zwischen Radikalität der Massen und der indirekten Verteidigung der bestehenden Ordnung durch die Führung drückte sich in der Praxis durch die spontane Schaffung neuer Organisationsformen - der Räte - aus.

Während der Jännerstreik die Diskrepanz zwischen den Bestrebungen der Massen und den praktischen Aktionen der SDAP offenbarte, zeigte er gleichzeitig auch, dass die österreichische Arbeiter*innenbewegung keine andere Partei hervorbrachte, welche befähigt gewesen wäre, dieses Vakuum aufzufüllen. Während das „Aktionskomitee der Linksradikalen“ zwar eine zu seiner Größe überproportionale und hervorragende Rolle spielte, konnten die Linksradikalen langfristig keine alternative Führung für die Klasse - eine revolutionäre Partei - aufbauen. Vielmehr gelang es der Sozialdemokratie selbst, als sie abseits der Streikereignisse standen, die Führung über zentrale Sektoren der Bewegung

wiederzuerlangen. Die unmittelbar nach den Jännerereignissen erlangte Dominanz der Sozialdemokratie über die Arbeiter*innen- und Soldatenräte unterstreicht jedoch nicht die aktive Zustimmung zur SDAP, sondern die zur damaligen Zeit stark ausgeprägte Führungskrise der österreichischen Arbeiter*innenklasse — nicht wegen, sondern trotz der Politik kamen wichtige Teile der Arbeiter*innenklasse wieder unter die Fittiche „ihrer“ Partei. Das Aktionskomitee der Linksradiakalen wurde mehrheitlich aufgrund der harten Repressionspolitik des Habsburgerstaates nach dem Jännerstreik in den Hintergrund gedrängt. Auch die am 3. November 1918 gegründete Kommunistische Partei Deutsch-Österreichs (KPDÖ) konnte diese Führungskrise teilweise aufgrund ultralinken Politik und teilweise aus der objektiven Lage heraus nicht lösen. Eine historische Chance wurde 1918 also in doppelter Hinsicht vertan: Erstens wurde eine revolutionäre Situation aufgrund der subjektiven Rolle der Sozialdemokratie vertan, zweitens gelang es nicht, radikalisierte Teile der Arbeiter*innenklasse in einer neuen revolutionären Partei zu organisieren. Das Schicksal des österreichischen Proletariats wurde somit nicht nur für 1918, sondern für die gesamte 1. Republik besiegelt. Es sollte ein Schicksal der verlorenen Kämpfe und verpassten Chancen werden. Eine Aufarbeitung dieses zentralen Ereignisses für die österreichische Geschichte im allgemeinen und für die österreichische ArbeiterInnenbewegung im besonderen, ist deshalb auch für heutige Generationen mehr als fruchtbringend. Große Geschichte wird immer dann gemacht, wenn sich aufeinanderprallende Widersprüche in punktuellen Ereignissen entladen. Eine rein chronologische Abfolge über den Jännerstreik zu schreiben, kann daher zwar darstellen aber nicht erklären, veranschaulichen aber nicht dahinter blicken. Die Ereignisse im Jänner 1918 können somit nur verstanden werden, wenn die Vorbedingungen zur Genüge geklärt sind. Diese Arbeit versucht somit den Jännerstreik in einen politisch-gesellschaftlichen Rahmen einzuordnen, um die Ereignisse während des Streiks selbst verständlich zu machen. Der Darstellungen zum Jännerstreik wird somit ein Überblick über die Entwicklung wichtiger politischer Faktoren (der Sozialdemokratie und der Linksradiakalen), ökonomischer und militärischer Entwicklungen vorangestellt.

I. DAS ERSTARKEN DER ÖSTERREICHISCHEN ARBEITER*INNENBEWEGUNG BIS ZUM KRIEG

Sozialdemokratie

Nachdem die österreichische Arbeiter*innenbewegung 1848 eine deutliche Niederlage erlitten hat, in den Jahren des Neoabsolutismus starkem ökonomischen Druck und politischer Verfolgung (1) ausgesetzt war und die bereits aufgebauten Organisationen aufgrund der massiven wirtschaftlichen Krise 1873 einen einschneidenden Mitgliederverlust hin-

nehmen mussten (2), war der Einigungsparteitag in Hainfeld 1889 der Ausgangspunkt für ein wiedereinsetzendes rapides Wachstum der Arbeiter*innenbewegung. Das von der SDAP in Hainfeld angenommene Programm stützte sich theoretisch auf den Marxismus und orientierte sich von seiner Struktur stark an den von der deutschen Sozialdemokratie in Gotha und Erfurt verabschiedeten Programme. Als Ziel benennt das Hainfelder Programm:

„Das Proletariat politisch zu organisieren, es mit dem Bewusstsein seiner Lage und seiner Aufgaben zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten ist daher das eigentliche Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich, zu dessen Durchführung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewusstsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird.“ (3)

Der Staat wird im Hainfelder Programm als „Klassenstaat“ begriffen, in dem die „politische und ökonomische Herrschaft“ der „Kapitalistenklasse“ ihren „Ausdruck findet“ (4). Dies ist insofern interessant, als es eine klare Zusage zum Marxismus gegenüber den Theorien von Ferdinand Lassalle bedeutet, die sich in vielen Arbeiterbildungsvereinen durchaus einiger Popularität erfreuten. (5) Nachdem das Programm erklärte, dass die Ursache für die gesellschaftlichen Probleme *„nicht in einzelnen politischen Einrichtungen zu suchen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Tatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisiert sind“*, liegen und als Endziel den *„Übergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitzes des arbeitenden Volkes“* benennt, finden sich noch einige konkrete Forderungen die sich vom Wahlrecht über Bildungsmaßnahmen bis zur allgemeinen Volksbewaffnung erstrecken. (6) Von seinem Charakter her, handelt es sich beim Hainfelder Programm um ein klassisch sozialdemokratisches Minimal- und Maximalprogramm, das auf der einen Seite gewisse Forderungen als Sofortmaßnahmen auflistet und auf der anderen Seite den Sozialismus als entferntes Endziel benennt. Während diese Form des Programms in sich selbst Ausdruck des damaligen Stands der gerade auf die Bühne der Geschichte tretenden Arbeiter*innenbewegung ist, musste es ab einem gewissen Zeitpunkt an seine Grenzen stoßen. Nämlich dann, wenn die Erkämpfung bestimmter Reformen mit den vom Kapitalismus vorgegebenen Rahmenbedingungen kollidiert. Auch wenn es noch einige Jahre bis zur Überwindung dieser Probleme durch die Übergangsmethode Trotzki und der Bolschewiki dauern sollte, sah bereits Engels im Erfurter Programmentwurf zentrale Schwächen dieser Trennung. So schrieb er in einem Brief an die deutsche Sozialdemokratie:

„Die politischen Forderungen des Entwurfs haben einen großen Fehler. Das, was eigentlich gesagt werden sollte, steht nicht drin. Wenn alle diese 10 Forderungen bewilligt wären, so hätten wir zwar diverse Mittel mehr, um die politische Hauptsache durchzusetzen, aber keineswegs die Hauptsache selbst.“ (7)

Und weiter: *„Dies Vergessen der großen Hauptgesichtspunkte über den augenblicklichen Interessen des Tages, dies Ringen und Trachten nach dem Augenblickserfolg ohne Rücksicht auf die späteren Folgen, dies Preisgeben der Zukunft der Bewegung um der Gegenwart der Bewegung willen mag ‚ehrlich‘ gemeint sein, aber Opportunismus ist und bleibt es, und der ‚ehrliche‘ Opportunismus ist vielleicht der gefährlichste von allen.“* (8)

Das Hainfelder Programm macht sich auch einiger dieser Fehler schuldig, wengleich es im Vergleich zum zwei Jahre später beschlossenen Erfurter Programm durchaus Vorzüge hat: Die Benennung des Staats als Klassenstaat, die Einschränkung der Möglichkeiten parlamentarischer Veränderung und die - zwar verklausulierte aber trotzdem eindeutige Formulierung - sich im politischen Kampf „aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewusstsein des Volkes entsprechenden Mittel“ zu bedienen. Die SDAP stand - trotz diverser anzubringender Kritik - nach Hainfeld also auf einer durchaus soliden programmatischen Grundlage.

Gleichzeitig sah man sich jedoch mit schwerwiegenden Problemen in der Organisierung der Parteiarbeit konfrontiert. Ein rigides Vereins- und Versammlungsrecht behinderte überregionale Zusammenschlüsse (Koalitionsverbot) und ließ die Partei gegenüber der Schaffung offizieller zentralisierter Strukturen zögern. Dies fand auch seinen Ausdruck im Referat des Rudolf Pokorny zum Tagesordnungspunkt „Organisation“, das am Parteitag 1892 gehalten wurde:

„Organisation ist eine Sache, die man macht, über die man aber möglichst wenig spricht. Es ist jedenfalls für die Partei besser, wenn man sich ganz präzise und kurz entschließt, die Organisation in der und der Richtung einzurichten, und im Übrigen darüber möglichst schweigt.“ (9)

Trotz dieser eher legeren Haltung zu Fragen der Organisation wurde mit der Etablierung eines Systems von Vertrauensmännern, die „von den lokalorganisierten Genossen und Genossinnen gewählt“ (10) wurden, und der Wahl einer neunköpfigen Parteileitung und einer fünfköpfigen Kontrollkommission ein Schritt in Richtung eines höheren Organisationsgrades gemacht. (11)

Auch wenn Victor Adler bereits 1891 in einem Brief an Engels konstatierte, dass die Sozialdemokratie „von einer Horde Radaunmachern zu einer politischen Partei avanciert“ (12), brachte die nach wie vor relativ lose und regionalistische Organisationsstruktur erhebliche Nachteile für die praktische Arbeit der SDAP. Erstens herrschte über den tatsächlichen Mitgliederstand aufgrund der unterschiedlichen Mitgliedskriterien (Abonnement der Wochenzeitung „Gleichheit“; Aktivität für die Partei; als Sozialdemokrat*in bekannt) nie volle Klarheit. Zweitens konnten überregionale Aktivitäten nicht in ausreichendem Ausmaß koordiniert werden, was wiederum zentrifugale Tendenzen zur Loslösung einzelner Sektionen (v.a. der Wiener Organisation) verstärkte, Drittens war eine lose Organisationsstruktur bei gleichzeitiger Nicht-Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker in der Habsburgermonarchie prädestiniert für das am Parteitag 1907 erfolgte Auseinanderbrechen in nationale Organisationen. Trotz dieser organisatorischer Schwächen entwickelte sich die SDAP in den Jahren nach ihrer Gründung zu einer Massenpartei, die sich über das Vertrauensmännersystem und der später eingerichteten Häuserorganisation in den Arbeiter*innenvierteln zu verankern versuchte.

Im Rahmen praktischer Politik wurde eine der Forderungen des Hainfelder Programms (das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechts) in den Jahren nach 1889 immer mehr in den Mittelpunkt der Agitation und Propaganda der neu geschaffenen Partei gerückt. Nachdem vermehrte Diskussionen in der Partei um

die Durchführung eines Generalstreiks zur Er kämpfung des Wahlrechts geführt wurden und es zu mehreren politischen Versammlungen und Straßendemonstrationen kam, fühlte sich die Regierung Badeni im Jahr 1896 gezwungen, die (männlichen) Arbeiter in einer fünften Kurie zur Stimmabgabe zu bemächtigen.

Insgesamt war die Arbeiterkurie jedoch eine Verhöhnung demokratischer Grundsätze. Während in der ersten Kurie 69 Stimmen für ein Mandat ausreichten, benötigte eine Partei in der fünften Kurie 69.697 (1) Stimmen, also um mehr als tausend mal so viel. (13) Trotz dieser undemokratischen Regelung ging die Sozialdemokratie daran, ihre Organisationsstruktur mit der Wahlkreiseinteilung in Einklang zu bringen, obwohl mit der Wahlkreisordnung von Seiten der Regierung bewusst versucht wurde, Industriegebiete zu teilen, um konservative Mehrheiten zu sichern. (14) Die 1897 stattfindenden Wahlen zum Reichsrat brachten der Sozialdemokratie insgesamt 14 Mandate. Trotz dieser geringen Anzahl und der permanenten Ausschaltung des Parlaments durch §14-Verordnungen (zwischen 1897 und 1914 wurde das Parlament insgesamt 152 mal mittels §14-Verordnungen ausgeschaltet) (15) konzentrierte sich die Sozialdemokratie stark auf parlamentarische Arbeit.

Zwei Beispiele sollen diese starke Konzentration auf den bürgerlichen Parlamentarismus veranschaulichen. Zum einen findet sich in der Rede von Julius Popp am Parteitag 1897 eine bezeichnende Stelle, in der er der Bewegung auf der Straße die Funktion der Unterstützerin für die Parlamentsarbeit zuspricht, anstatt die Sozialdemokratischen Abgeordneten als Sprachrohr der Bewegung zu sehen.

„Unsere Abgeordneten, die sich hier befinden und die ich mir ausdrücklich zu begrüßen erlaube, werden jetzt die Arbeit, die hier nur außerhalb des Parlaments gemacht werden musste, im Parlament selbst machen müssen. Sie werden im Parlament immer die Interessen des Proletariats vertreten müssen, und die Arbeit der Partei wird darin bestehen, die Forderungen, welche unsere Abgeordneten im Parlament erheben, von außen zu unterstützen.“ (16) Zuvor hat Popp in seiner Rede noch bekräftigt, dass die Sozialdemokratie *„mit diesem Siege eine parlamentarische Partei geworden“* (17) ist.

Zum anderen hat das 1901 am Wiener Parteitag angenommene Programm einen zentralen Anhang zur Forderung nach allgemeinem und gleichem Wahlrecht fallengelassen. Findet sich im Hainfelder Programm noch eine Relativierung der Möglichkeit die Gesellschaft durch das Parlament grundlegend umzugestalten, wurde diese Formulierung im Wiener Programm gestrichen.

Ihrem Wesen nach war die Sozialdemokratie eine Partei, die zwischen Aufrechterhaltung einer revolutionär-marxistischen Doktrin und praktischer Massenaktion einerseits und Anpassung an die staatlichen Strukturen und Zurückweichen vor Klassenkämpfen andererseits hin und her schwankte, wobei man grob davon sprechen kann, dass die Anpassungstendenzen nach Einführung des allgemeinen und gleichen Männerwahlrechts stärker zugenommen haben. Gleichzeitig ließ der organisatorische Aufstieg der Partei *„eine Schicht von Parlamentariern, Arbeiterbürokraten und Verwaltungsfunktionären entstehen(..), die nicht mehr für, sondern auch von der Arbeiterbewegung lebten.“* (20)

Die Führung der SDAP sah sich somit mit einer Situation konfrontiert, in der sie vor allem aufgrund der Sektorenverschiebungen in der österreichischen Wirtschaft einen starken

Mitgliederzuwachs verzeichnen konnte (21), nach den Wahlen von 1907 insgesamt 84 Mandatare im Abgeordnetenhaus stellte und sich auf eine (in den Industrieregionen Cisleithaniens) starke Gewerkschaftsbewegung stützen konnte, in der wichtige Kernsektoren der Arbeiter*innenklasse organisiert waren. (22) Dieser Situation, wo eine Massenpartei mit revolutionärer Ideologie und parlamentarischer Vertretung auf einen entscheidenden Bruch mit der herrschenden Ordnung zusteuerte und daher vor der Frage der Macht stand, war das Programm der Sozialdemokratie nun nicht mehr gewachsen, da zwischen konkreten tagespolitischen Forderungen und dem Endziel der Abschaffung dieser Verhältnisse keine Brücke geschlagen wurde.

Neben den ideologischen / programmatischen Faktoren gibt es jedoch auch grundlegende, nämlich handfeste materielle Ursachen für die revisionistischen Tendenzen innerhalb der Sozialdemokratie. Die Entstehung einer Arbeiterbürokratie in den österreichischen Kronländern, die sich ökonomisch auf die besser gestellten Schichten der Monarchie stützen konnten, ist der Hauptgrund für die stärkeren Anpassungstendenzen gegenüber dem Habsburger-Staat.

Während die Periode zwischen dem frühen 20. Jahrhundert und dem Ersten Weltkrieg als Übergangsperiode beschrieben werden kann, in der ihr endgültiger Charakter - revolutionär oder reformistisch - noch nicht entschieden war, stellte die Entscheidung, im Kriegsjahr 1914 einen Sieg der Mittelmächte zu begrüßen, einen endgültigen Bruch mit zentralen Prinzipien der revolutionären Arbeiter*innenbewegung dar. Es wurde somit das eigene Programm und diverse Manifeste der II. Internationale verraten. Auf ihren Konferenzen in Stuttgart (1907), Kopenhagen (1910) und Basel (1912) sprach sich die II. Internationale nicht nur gegen den Krieg und für Völkerverständigung aus, sondern verpflichtete die sozialistischen Organisationen im Falle eines Kriegsausbruches *„für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“* (24) Ganz im Gegensatz dazu verhielten sich die meisten Parteien der II. Internationale, unter ihnen auch die österreichische Sozialdemokratie. Während man mit einiger Berechtigung davon sprechen kann, dass „1914 (...) der Revisionismus offen“ ausbrach und „offen der Weg der Staatstreue beschritten“ (25) wurde, so wäre es falsch einen vollkommenen Bruch mit der bisherigen praktischen Politik der Sozialdemokratie zu sehen. Vielmehr handelte es sich bei dem Verrat am Sozialismus 1914 um das qualitative Umschlagen eines bereits vorher jahrelangen Prozesses.

Dass es sich 1914 um das Resultat eines systematischen Wandels und nicht um einen abrupten Bruch handelt, kann anhand einer Diskussion am Parteitag 1903 anschaulich gemacht werden. Grundlage der Diskussion war ein Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Reichsratsfraktion zur Rekrutenvorlage. Im Februar 1903 wurde mittels dieses Antrags eine Verkürzung der Dienstzeit bei gleichzeitiger Hebung der Rekrutenzahl beantragt. (26) Der Führer der organisierten Arbeiter*innenjugend, Leopold Winarsky, kritisierte bereits in einer Zuschrift an die Arbeiter-Zeitung vom 27. September 1903 die Politik der Reichstagsfraktion und lehnte eine „positive Politik“ gegenüber dem Milita-

rismus entschieden ab. Die meisten damaligen sozialdemokratischen Führer traten offen gegen Winarskys Kritik auf. Unter ihnen Friedrich Austerlitz und Victor Adler. Letzterer war sogar bereit „für die einjährige Dienstzeit“ „bei einer Demokratisierung des Heeres“ „ein volles Kontingent aller waffenfähigen Leute ohne weiteres“ einzutauschen. (27)

Hier wird also ganz klar ein Schritt in Richtung Anerkennung der Möglichkeiten der Demokratisierung zentraler Instanzen (hier dem Militär) des bürgerlichen Staatsapparates gemacht. Indirekt wird somit auch eine Analyse des Staates und der ihm angehängten „Formation bewaffneter Menschen“ (Engels) als Klasseninstrument für die Bourgeoisie abgelehnt. Im Gegensatz dazu schrieb Lenin 1917 angelehnt an die Analyse Engels’:

„Es bildet sich der Staat heraus, es wird eine besondere Macht geschaffen, besondere Formationen bewaffneter Menschen entstehen, und jede Revolution, die den Staatsapparat zerstört, zeigt uns sehr deutlich, wie die herrschende Klasse die ihr dienenden besonderen Formationen bewaffneter Menschen zu erneuern sucht und wie die unterdrückte Klasse danach strebt, eine neue Organisation dieser Art zu schaffen, die fähig ist, nicht den Ausbeutern, sondern den Ausgebeuteten zu dienen.“ (28) Neu schaffen und somit zerschlagen und nicht übernehmen ist der Hauptpunkt bei Lenin, demokratisieren und für das Proletariat nutzen ist hingegen die Herangehensweise Adlers. Anstatt also die Staatsmaschinerie zu brechen und durch die Diktatur des Proletariats zu ersetzen, wird die Möglichkeit anerkannt, zentrale staatliche Strukturen - wie eben das Militär - zu demokratisieren anstatt sie zu zerschlagen und durch proletarische Machtorgane zu ersetzen. Konsequenz zu Ende gedacht eröffnete diese Argumentation von Adler auch die Möglichkeit zur Verteidigung des bürgerlichen Staatsapparates bei gleichzeitigem Versuch seiner Demokratisierung. Es ist somit auch kein Wunder, dass die ersten Aktionen zum drohenden Krieg, sich nicht gegen den Krieg selbst, sondern für eine Wiedereinsetzung des Parlaments stark machten. (29) Die Zustimmung zum Krieg war also keineswegs ein spontaner ideologischer Zusammenbruch vor den Wellen des Nationalismus, sondern ein letzter Schritt einer quantitativen Entwicklung, der endgültig die Überschreitung der Grenze zum Reformismus bedeutete.

Insgesamt verteidigte die Sozialdemokratie den Krieg nicht nur, sondern machte auch aktiv Kriegspropaganda. Dem Postulat der Völkerverständigung entgegengesetzt, liest man in der Arbeiter-Zeitung vom 11. August 1914 Artikel mit den Überschriften „Nach Paris“ (30) oder „Sturm! Hurra! Vorwärts!“ (31). Die Monarchie wurde jedoch nicht nur militärisch unterstützt, sondern auch auf betrieblicher Ebene hielt man sich an den Burgfrieden. Die Gewerkschaften haben *„die gewerkschaftlichen Vertrauensmänner in Österreich aufgefordert, die gesetzlichen Bestimmungen und behördlichen Verfügungen genauestens zu beachten und ‚Lohnbewegungen‘ für die gesamte Kriegsdauer zu unterlassen.“* (32) Die Gewerkschaft der Hutarbeiter ließ sogar verkünden:

„In diesem Augenblick gilt unser erster Gruß unseren Soldaten, unser heißester Wunsch den Hutarbeitern, die zur Fahne berufen sind.“ (33)

Die SDAP ging sogar soweit, zwischen den im Besitz der Sozialdemokratie befindlichen Hammerbrotwerke und der Armee Verträge zur Brotlieferung zu schließen. (34)

„Linke“ und „Aktionskomitee der Linksradikalen“

Die Burgfriedenspolitik der Sozialdemokratie blieb, wenn sie auch im ganzen Krieg ihre dominierende Stellung behielt, auch innerhalb der Partei nicht unwidersprochen. Schon sehr früh gab es Protest gegen das Ultimatum an Serbien, der von der Reichenberger Organisation in ihrem Propagandaorgan „Vorwärts“ veröffentlicht wurde. Bereits am Tag der Veröffentlichung (28. Juli 1914) schlug die Repression des Habsburger-Staates zu und erklärte die weitere Herausgabe der Zeitung für illegal. (35)

In den Gebieten der Alpenländer war der einflussreichste sozialdemokratische Vertreter einer kritischen Haltung zum Krieg Friedrich Adler, der versuchte eine linke Strömung aufzubauen, zu der sich 1915/16 etwa 120 Parteimitglieder bekannten. (36) Die Arbeit der Parteilinken hatte jedoch zwei zentrale Schwächen. Erstens entwickelten die Linken keine eigene programmatische Homogenität. Somit beschränkte man sich bei der 1. Reichskonferenz der Sozialdemokratie im Krieg auf eine Ablehnung der Resolution des Parteivorstandes und brachte keine Alternativresolution ein. Die zweite und folgenreichste Schwäche lag jedoch im konkreten Verhalten gegenüber der Partei und der fehlenden Verbindung von theoretischer Ablehnung des Krieges mit konkreten praktischen Aktionen. Vielmehr beschränkte man sich darauf, theoretische Vorträge zu halten und - soweit im Rahmen der Zensur möglich - Kritik im theoretischen Organ „Der Kampf“ zu formulieren und vermied tunlichst eine Spaltung der Partei. Gleichzeitig fußte die Form der theoretischen Ablehnung nicht auf einer klassenkämpferischen sondern einer pazifistischen Haltung. (37) Statt Organisierung illegaler Parteitätigkeit meinten Friedlich Adler und die Linken, dass „während die Kanonen donnern, dem Sozialismus nur die Politik des Schweigens übrigbleibt.“ (38)

Anders stellte sich dies in einigen Ortsgruppen der sozialdemokratischen Jugendorganisationen dar, die durch ihre aufkommende ablehnende Haltung gegenüber dem Krieg einen wichtigen Ausgangspunkt für die Linksradikalen stellten. Auch wenn der „Verband jugendlicher Arbeiter“ insgesamt auf die politische Linie der Mutterpartei einschwenkte, druckten die Ortsgruppen Ottakring und Leopoldstadt bereits im September 1914 illegale Flugblätter gegen den Krieg. (39) Durch Kontakt zur Gruppe „Internationale“ um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und dem Studium ihrer Leitsätze rückte man auch den internationalen Aspekt der antimilitaristischen Tätigkeit in den Vordergrund. (40)

Insgesamt ist die wichtige Stellung einzelner Jugendorganisationen in der Arbeit gegen den Krieg bemerkenswert, da sie einerseits immer auch international geprägt war und andererseits auch illegale Arbeit gegen den Krieg leistete. Trotz einer stärkeren Radikalisierung und Bereitschaft zur illegalen Arbeit unter den sozialistischen Jugendlichen, gelang es, abgesehen von einer kurzen Periode zwischen April und August 1917, nicht, den „Verband jugendlicher Arbeiter“ insgesamt für eine Ablehnung gegenüber dem Krieg und für ein aktives Eingreifen in die Parteidiskussion zu bewegen. Als sich im August 1917 die parteitreue Mehrheit wieder durchsetzen konnte, wurde eine Resolution mit der hauchdünnen Mehrheit von 46 gegen 45 Stimmen angenommen, die sich ganz klar von einer Intervention in die Parteidiskussion lossagte:

„Wird die Jugendorganisation zu einer Stätte, auf der sich ein Stück des Parteistreits abspielt, so wird die Jugendbewegung geschädigt und die Arbeiterjugend statt mit Begeisterung und Erkenntnis beehrt zu werden, allzu leicht abgestoßen, und ihrer Klassenbewegung entfremdet.“ (41)

Nichtsdestotrotz fanden die Linksradikalen ein wichtiges Agitations- und Organisationsfeld in den Jugendorganisationen und hier besonders in den Ortsgruppen Ottakring, Favoriten und Leopoldstadt. Trotz ihrer eindeutigen Schwächung durch den Krieg, hielten die Jugendorganisationen ein relativ umfangreiches Parteileben aufrecht und organisierten regelmäßige Veranstaltungen. Im Jahr 1915 wurden insgesamt 75.000 Flugblätter verteilt, davon alleine 32.000 Stück eines Flugblattes zur Mitgliederwerbung. Im Jahr 1914 wurden 5.304 Veranstaltungen durchgeführt an denen sich 117.769 Personen beteiligten, für das Jahr 1915 sind die Zahlen 5.572 und 113.587, trotz der „Einrückendmachung“ von 2.799 Mitgliedern. (42) „Der jugendliche Arbeiter“, die monatlich erscheinende Zeitung, hatte Ende 1915 immer noch eine Auflage von 9.200 Exemplaren. (43) Die unabhängige Organisation der Linksradikalen war dabei eine wichtige Bedingung, um eine systematische Intervention innerhalb der Jugend organisieren zu können. Nachdem die Linksradikalen bereits im September 1914 ein illegales, mit der Schreibmaschine vervielfältigtes, Flugblatt „gegen die chauvinistische Hetze der Arbeiterzeitung“ verbreiteten, (44) kam es im Winter 1915/16 zur endgültigen Konstituierung des „Aktionskomitees der Linksradikalen“, dem Franz Koritschoner, Anna Strömer, Dr. Karl Maurer, Leo Pjatigorskij und Maximilian Lazarowitz angehörten. (45) Zusätzlich zu ihrer Arbeit in den Jugendorganisationen schlossen sich die Linksradikalen relativ bald dem von Friedrich Adler 1916 gegründeten Verein „Karl Marx“ an. Innerhalb des Vereins behielten sie eine oppositionelle Strömung und vertraten die Ansichten der Zimmerwalder Linken. Im Zuge dieser Arbeit gelang es den Linksradikalen unter anderem eine Resolution durchzusetzen, in der die Notwendigkeit illegaler Arbeit anerkannt wurde. (46)

Nachdem der Verein „Karl Marx“ nach dem Attentat Friedrich Adlers auf den damaligen Ministerpräsidenten Stürgkh behördlich aufgelöst wurde, konzentrierten sich die Linksradikalen auf die Ausarbeitung eines Programms. Dieses, nach Biel, einem Mitglied der Linksradikalen, benannte Programm, spricht von einem Kampf gegen diejenigen, „die das Wesen des proletarischen Klassenkampfes nicht in der revolutionären Massenbewegung, sondern allein in der Bildung möglichst umfangreicher Organisationen, in der Erringung vieler Parlamentsmandate sehen, damit die Führer durch Kompromisse, Bündnisse mit Teilen der Gegner, durch diplomatische Schachzüge usw. den Arbeitern auf dem Boden der kapitalistischen Ordnung karge Vorteile erringen können.“ (47) Das Programm wurde zwar auf der am 22. April 1917 stattfindenden Wiener Kreiskonferenz mit 76 gegen 38 Stimmen angenommen (48), wie schon oben dargestellt wurde jedoch bald wieder ein gegenteiliger Beschluss gefasst. Auch wenn die linksradikal dominierten Gruppen nach der Konferenz im August 1917 ausgeschlossen wurden, brachte die programmatische Klärung während der Ausarbeitung des Biel-Programms wichtige Vorteile für die späteren Aktivitäten der Linksradikalen vor und während des Jännerstreiks, die ihnen halfen, die zunehmende Radikalisierung für revolutionäre Propaganda und Agitation zu nutzen. Ohne die Erfahrung-

gen der illegalen Tätigkeit gegen den Krieg, die Sammlung radikalierter Arbeiter*innen und Vertrauensleute in ihren Reihen und die Klärung programmatischer Grundfragen, wäre es den Linksradiakalen nie möglich gewesen eine solch hervorragende Rolle in der Vorbereitung des Jännerstreiks und im Streik selbst zu spielen.

II. HABSBURGER-MONARCHIE AM ENDE DES WELTKRIEGS

Auch wenn das subjektive Wirken der Linksradiakalen einen wichtigen Anteil an deren Erfolg hatte, waren auch objektive Faktoren von wichtiger Bedeutung für die Radikalisierung zentraler Teile der Arbeiter*innenklasse. Vor allem die gegen Ende des Ersten Weltkriegs auftretenden Verfallserscheinungen der Monarchie führten zur Entwicklung einer revolutionären Situation - einer Situation also, in der es den Herrschenden nicht mehr möglich war weiter zu regieren wie bisher und die Unterdrückten nicht mehr weiterleben wollten wie gewohnt.

Militär

Insgesamt war die Donaumonarchie militärisch nicht gut für einen Krieg dieses Ausmaßes gerüstet. Während die Bevölkerung zwischen 1870 und 1914 um insgesamt 40 Prozent anwuchs, stiegen die Militärausgaben im selben Zeitraum um lediglich 12 Prozent. (49) Somit hat die Monarchie weniger für militärische Zwecke ausgegeben als irgendeine andere Großmacht (1/4 der russischen und deutschen Ausgaben; 1/3 der französischen und britischen Investitionen). (50) Zu Beginn des Krieges dienten 1,8 Millionen Mann in der österreichisch-ungarischen Armee, an Bodentruppen stand ein Kontingent von 48 Infanterie Divisionen zur Verfügung (vgl: Russland 93, Frankreich 88). (51)

Diese Militärmaschinerie wies sehr schnell grobe quantitative und qualitative Mangelercheinungen auf. Zu den Problemen eine multinationale Armee zu führen (von 1.000 Soldaten kamen 267 aus den deutschen Gebieten, 223 aus Ungarn, 135 aus Tschechien, 85 aus Polen, 81 waren Ruthenen, 67 Kroaten und Serben, 38 stammten aus der Slowakei, 26 aus Slowenien und 14 aus Italien), (52) kamen auch noch massive Verluste in den ersten Kriegsmonaten und eine für die Mittelmächte insgesamt problematische Kriegslage hinzu. So hat die Habsburger Armee in den ersten sechs Monaten des Krieges etwa 750.000 Mann verloren, unter denen sich zum Teil trainierte Offiziere und Kader befanden. (53)

„Bei Betrachtung der moralischen Verfassung des öst.-ung. Heeres ist daran zu erinnern, daß dieses gegen Ende des opferreichen Feldzuges 1914 zu einer Landsturm- und Milizarmee geworden war. An dieser Tatsache hat sich während des Karpathenwinters bei der täglich und stündlich herrschenden Not an Mann nichts bessern lassen. Es war im Gegenteil der ohnehin schon schwache Stamm an geeigneten Offizieren und gedienter Mannschaft noch geschwächt worden.“ (54)

Natürlich hatte auch die schlechte Lage der gesamten Wirtschaft, die sich vor allem seit Ende 1916 akut äußerte, Rückwirkungen auf das Militär. Vor allem der miserable Zustand des Transportsystems der Monarchie kann dafür verantwortlich gemacht werden, dass Kriegsmaterial sich oftmals verspätete. Im August 1915 hat das Armeekorps Oberkommando den Mangel an Eisenbahnwaggons als wichtigste Ursache für die verspätete Lieferung von Kriegsmaterial benannt und darauf hingewiesen, dass die Ursache des Mangels nicht zu geringe Produktion ist, sondern die fehlenden Waggons im Transportwesen. (55) Gleichzeitig konnten die bestehenden Waggons aufgrund der immer schlechter werdenden Bremsleistung (nur an einem von vier Waggons waren Bremsen montiert) nie mit voller Geschwindigkeit fahren, was zu weiteren Verzögerungen führte. (56)

Die revolutionäre Situation 1918 beschleunigte den Prozess des Zusammenbruches auf militärischer Ebene aufgrund zweier Faktoren. Erstens wurden sieben Kampfdivisionen für interne Zwecke verschoben (57), zweitens kam es schon zu Beginn des Jahres 1918 im Rahmen des Jännerstreiks zu Verbrüderungen zwischen Streikenden und Soldaten, die sich weigerten auf die Menge zu schießen und die Anordnungen ihrer Offiziere somit missachteten. (58) Dies ist mitunter ein Indikator, welcher der Charakterisierung des Jahres 1918 (beginnend mit dem Jännerstreik) als revolutionäre Situation eine wichtige Legitimation verleiht. In allen sich zuspitzenden sozialen Kämpfen (zu dieser Zeit vgl. z.B. Russland, Deutschland) ist das Auseinanderbrechen der militärischen Befehlsgewalt ein zentrales Merkmal von gesellschaftlichen Umbruchsituationen. Sieht man den Staat als eine *„aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht“* (59) und begreift man den Polizei- und Militärapparat als bewaffnete Formation zur Sicherung dieser staatlichen Macht, so drückt die Durchbrechung der Befehlsgewalt einen Legitimationsverlust der bürgerlichen Machtorgane aus, der meist in der Schaffung von Doppelmachtorganen, um das entstandene Vakuum zu füllen, seinen Höhepunkt findet. Wie sich zeigen wird, waren es gerade die Arbeiter*innen- und Soldatenräte, die diese Doppelmachtfunktionen erfüllten und die Möglichkeit zur Machtergreifung eröffneten.

Wirtschaft

Am Vorabend des Weltkrieges zeichnete sich die Wirtschaft der Monarchie durch eine starke Arbeitsteilung auf Grundlage komparativer Kostenvorteile aus. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Leistung der Monarchie weist somit starke regionale Unterschiede auf. Während man zweifelsohne für die cis- und transleithanischen Gebiete insgesamt von einem industrialisierten Agrarstaat sprechen muss, stellt sich die Sache vor allem in den fortgeschrittensten Kronländern anders dar. Insbesondere die industrialisierten Teile Niederösterreichs, der Steiermark, Kärntens, Böhmens, Mährens und Schlesiens waren den westeuropäischen Staaten technologisch ebenbürtig. (60) Diese partikuläre Analyse der Wirtschaftsleistung ist deshalb legitim, da die Hauptmasse des Kriegsmaterials eben in jenen Gebieten der Monarchie erzeugt wurde. Ein 45%iger Anteil am gesamten Volks-

einkommen unterstreicht zusätzlich die zentrale Rolle der böhmischen und mährischen Produktion. (61)

Das Gesamtgebiet der Monarchie war jedoch vor Kriegsbeginn immer noch stark agrarisch geprägt und hinter den restlichen westeuropäischen Staaten stark zurückgeblieben, wenn auch in den Jahren zwischen 1890 und 1913 ein Aufholprozess festzustellen ist. Trotzdem lag die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten für die österreichischen Gebiete bei immer noch 53 % im Gegensatz zu 24 % in der Industrie, in Ungarn gar bei 61 % landwirtschaftlicher und 16 % industrieller Beschäftigung. (62) Gleichzeitig war die städtische Bevölkerungskonzentration noch wenig ausgeprägt. 1910 lebten noch 62 % der ungarischen und 73 % der österreichischen Bevölkerung (Wien ausgenommen) in Gemeinden mit einem Bevölkerungsstand von weniger als 5.000 Personen. (63)

Im Krieg selbst musste diese stark arbeitsteilige Wirtschaftslage unbedingt zu einer stark zentralisierten Kontrolle führen, um die Produktion aufrechtzuerhalten und die zweckmäßige Verteilung sicherzustellen. Um die Distribution der Waren für militärische Zwecke zu gewährleisten wurden drei Warengruppen geschaffen, um den kriegswichtigen Lieferungen eine höhere Priorität einzuräumen. (64) Die diesen ökonomischen Bedingungen entsprechende politische Herrschaftsform wurde in der Form eines stark zentralisierten und militärisch durchwachsenen Staatskapitalismus ohne demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten gefunden. Zentrale Bestandteile dieses Systems waren das Armeeoberkommando unter der Leitung von Erzherzog Friedrich, der militärische Generalstab (und besonders dessen Chef Conrad v. Hötzendorf) und die Zentralen für die Beschaffung von Rohstoffen. Bereits im November 1914 wurde eine österreichische Metallzentrale gegründet, deren Aufgabe in der Beschaffung von Buntmetallen zur Deckung der industriellen Bedürfnisse lag. (65) Das Parlament wurde ausgeschaltet und durch die kombinierte Herrschaftsstruktur Kaiser-Ministerpräsident-Armeeoberkommando-Generalstab ersetzt.

Betrachtet man die Kriegswirtschaft im Rückblick, so lassen sich vier Phasen (66) der Entwicklung feststellen. Die erste Phase dauerte bis zum Winter 1914/15 und zeichnete sich durch eine Erschöpfung der vorhandenen Bestände aus. Beispielhaft für diese Phase war die am 1. August erlassene Notverordnung, die Vorschriften bezüglich der Aufnahme von Vorräten machte und die Bevölkerung unter Strafandrohung anwies Vorratsansammlungen auszuliefern. (67) Beginnend mit dem Jahr 1915 setzte eine kräftigere Kriegskonjunktur ein, die in den meisten Branchen Ende 1916 zu einer Hebung der Produktionszahlen über den Vorkriegsstand hinaus resultierte. Beispielhaft dafür sei die Erzeugung von Rohstahl und Steinkohle und die Rüstungsproduktion genannt, wobei letztere erst 1917 ihren Höhepunkt erreichte.

Eine akuter werdender Mangel an Nahrungsmitteln für die Zivilbevölkerung charakterisiert die dritte Phase der Kriegswirtschaft, die mit Ende des ersten Quartals im Jahr 1915 festzumachen ist und in der vierten Phase in eine absolute Not überging. In diesen Phasen nahmen die zentralstaatlichen Verfügungen zur Regelung der Lebensmittelversorgung nochmals einen neuen Aufschwung, da man sich mit zentralen Versorgungsschwierigkeiten im Bereich der Fleisch-, Fett-, Milch- und Futtermittelversorgung konfrontiert sah. So wurden Verordnungen erlassen, die Bebauung von brachliegenden Grundstücken,

Sparmaßnahmen beim Fleischverbrauch (zwei fleischlose Tage) oder auch die Streckung von Lebensmitteln vorsahen. (70) In diese Periode fällt auch die Einführung von Lebensmittelkarten. Am 11. April 1915 wurde die Brotkarte, im März 1916 die Zuckerkarte, im Mai 1916 die Milchkarte und im September 1916 die Fettkarte eingeführt. In den Jahren 1917/18 erfolgte schließlich noch die Einführung der Kartoffel-, Marmelade- und Fleischkarte. (71) Auf den Karten waren zusätzlich zur entsprechenden Anzahl von abreißbaren Abschnitten auch Angaben über das Geltungsgebiet und die Gültigkeitsdauer abgedruckt. Um eine Verwendung über die Geltungsdauer zu vermeiden, wurde die Kartenfarbe variiert. (72)

Gleichzeitig wurden unterschiedliche Kategorien von Kartenbezieher*innen eingeführt. Bei landwirtschaftlichen Produkten unterschied man zwischen „Selbstversorgern“ und „Nicht-Selbstversorgern“. Unter die Kategorie der Selbstversorger*innen (36 % aller Kartenbezieher*innen Cisleithaniens) fielen alle „Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe“ und ihre Angehörigen und Hilfskräfte (soweit sie auf Verköstigung im Haushalt des Dienstgebers oder auf Naturallohn Anspruch hatten). (73) Später wurde auch noch die Kategorie „Schwerarbeiter“ eingeführt, in der alle Personen „mit einer besonderen Inanspruchnahme der körperlichen Kräfte“ (74) zusammengefasst wurden.

III. DER JÄNNERSTREIK

Lage der Arbeiter*innenklasse in den letzten Kriegsjahren

Die immer prekärere Lage der militärisch organisierten Wirtschaft musste unmittelbar jene am härtesten treffen, deren Möglichkeiten zur Versorgung von deren Einkommen einerseits und von den staatlichen Quotenregelungen andererseits abhängig war. Zu dieser schlechten ökonomischen Lage der Arbeiter*innenklasse kam noch eine brutale Unterdrückung durch das 1912 erlassene Kriegsdienstleistungsgesetz (KLG), das die Inanspruchnahme für den Waffendienst untauglicher ziviler Personen unter 50 für die Industrie, die Verpflichtung zum Verbleiben in Arbeitsverhältnissen und die Unterstellung der Arbeiter*innen unter militärische Disziplin ermöglichte. Gleichzeitig wurde für die dem Kriegsdienstleistungsgesetz unterstellten Arbeiter*innen bis 1916 nur der niedrigere militärische Sold bezahlt, eine Maßnahme die in Deutschland durch die Gewerkschaften abgewendet werden konnte. (75) Kurz und gut wurden die Fabriken in Kasernen verwandelt, in denen es zu regelmäßigen Erniedrigungen (Beschimpfungen, Ohrfeigen, etc.) der Arbeiter*innen durch das eingesetzte Militärpersonal kam. (76) Zusätzlich war mit der Militarisierung der Betriebe auch ein Verbot der politischen Betätigung verbunden. Verstöße gegen die Bestimmungen des KLG wurden durch die (meist pensionierten) Offiziere mit „Einrückendmachung“ (Einziehung zum Militärdienst) bestraft. Während des Krieges setzte sich der Strukturwandlung in der Zusammensetzung der Arbeiter*innenklasse fort.

Vor allem der Anteil von Frauen und Jugendlichen, die in vielen Arbeitskämpfen eine initiative Rolle spielten, nahm deutlich zu. Dass es nicht zu einem massiven Zuwachs kam, lag vor allem daran, dass der Ausfall der männlichen Arbeiter durch Rationalisierung, Verlängerung des Arbeitstages und Intensivierung der Arbeitsleistung kompensiert werden konnte. Nichtsdestotrotz war ein Anstieg der lohnabhängigen Frauen nicht zu übersehen. Oftmals von der Landwirtschaft kommend, arbeiteten Frauen in immer größerem Ausmaß nun auch in der Industrie, was den Frauenanteil von 30 % (1914) auf 34 % (1916) anwachsen ließ. (77) In Wien war der Anstieg der Frauenarbeit noch größer. Waren vor Kriegsbeginn 29,9 % aller Frauen bei der Wiener Allgemeinen Arbeiter-Krankenkasse unfallversichert, so erhöhte sich die Zahl Ende 1917 auf 42,6 %. (78) Die Lage der Frauen war mehr als prekär. Einerseits lag ihr Gehalt weit unter jenem ihrer männlichen Kollegen und andererseits traf sie die Doppelbelastung von Lohn- und Reproduktionsarbeit. So kamen zu einer manchmal bis zu 16-Stunden umfassenden Arbeitszeit auch noch die Kinderversorgung und das stundenlange Schlangenstehen vor den Lebensmittelgeschäften.

Gewerkschaften, Vertrauensleute und Beschwerdekommisionen

Der höhere Anteil von Frauen schlug sich auch in der gewerkschaftlichen Organisierung nieder, die ab 1917 wieder einen zahlenmäßigen Aufschwung erfuhr. Der Grund für diesen Aufschwung ist unter anderem in der sich ändernden militärischen Lage, der größeren Friedenssehnsucht und einer Veränderung der Position der Partei hin zum Pazifismus zu suchen. Gleichzeitig hat auch die Monarchie aufgrund vermehrt auftretender Proteste immer mehr auf die Institutionalisierung des Klassenkonfliktes im Betrieb gepocht und teilweise sogar die Einrichtung von Vertrauensleuten und Fabriksausschüssen angeordnet. Im Jänner 1916 z.B. befahl (!) die Heeresverwaltung die Wahl von Vertrauensleuten in der Munitionsfabrik Wöllersdorf. (79) Trotz des hohen Anteils von Frauen v.a. in den Munitionsfabriken waren sie in den einzelnen betrieblichen Vertretungsstrukturen jedoch deutlich unterrepräsentiert. Den Höhepunkt der Institutionalisierung der betrieblichen Interessenskonflikte bildeten die im März 1917 eingerichteten Beschwerdekommisionen, die von Arbeiter*innen- und Unternehmensseite paritätisch besetzt wurden.

Die Gewerkschaften und die Vertrauensleute müssen in vielen Fällen als Organe der Klassenkollaboration bezeichnet werden, die von der Sorge um die „*ruhige und ungestörte Fortsetzung der Produktion*“ (81) als „*ein unerlässliches Gebot des Staatsbedürfnisses*“ (82) getrieben waren. Nachdem das Streikniveau in den ersten zwei Jahren des Krieges massiv gesunken war, mussten sich die mit dem Maistreik 1917 wieder aufflammenden Streikbewegungen somit auch oftmals gegen ihre offiziellen Führungen durchsetzen. Die Streikstatistik, die seit ihrer Einführung 1894 den zweithöchsten Wert im Jahr 1917 verzeichnete, lässt darauf schließen, dass sie damit durchaus erfolgreich waren. (83) Diese Bewegungen erkämpften trotz des repressiven Kriegsregimes umfangreiche sozialrechtliche Besserstellungen für die Arbeiter*innenklasse. Hierbei sind zu erwähnen: Das Verbot der Nachtarbeit im Bäckergerwebe (8. Februar 1917), die Errichtung von Beschwerdekomm

missionen (18. März 1917), Verbesserungen in der Kranken- und Unfallversicherung der Arbeiter*innen, die Mieterschutzverordnung (26. Jänner 1917) und die Errichtung eines eigenen Ministeriums für soziale Fürsorge (27. Dezember 1917). (84)

Vorbereitung des Jännerstreiks

Nachdem es bereits im März, April, Mai, Juni, Juli und August 1917 zu für die damaligen Umstände imposanten Streikbewegungen (im Mai waren 42.000 Wiener Industriearbeiter*innen im Ausstand) kam, folgten bald Versuche sich unabhängig von Partei und Gewerkschaft zu organisieren. Anschließend an den Streik der Arbeiter*innen der Alpine-Montan im August in Neuberg fand zu diesem Ziel am 5. September 1917 eine der bedeutungsvollsten Versammlung der Geschichte der österreichischen Arbeiter*innenbewegung statt deren Ergebnis die weitere gesellschaftliche Entwicklung nachhaltig beeinflussen sollte. In einem kleinen Gasthaus in St. Egyden versammelten sich 35 Männer und hielten eine Konferenz mit einem einzigen Tagesordnungspunkt ab. Der Punkt dieser kurzen Agenda war der „Beratung und Beschlußfassung von Maßnahmen, um den Krieg zu beenden“ gewidmet. (85) Teilnehmer dieses Treffens waren Buchleitner, Urbanek und Wandera aus der dem KLG unterstehenden Daimler-Motorenfabrik, Richter, Zehnder, Stochor aus dem Ternitzer Schoeller-Bleckmann Stahlwerk, Wehdam aus der Wöllersdorfer Munitionsfabrik und einige Vertrauensmänner aus Wiener Betrieben. Die Leitung der Konferenz besorgte der Gebietsobmann der Metallarbeiter*innengewerkschaft, Eduard Schönfeld, der selbst zwischen 05.08.1907 und 11.12.1908 in den Daimler-Werken beschäftigt war. (86) Das Resultat der Konferenz war die Wahl einer siebenköpfigen Leitung, die sich anschließend an die Konferenz weiterhin mit der Frage eines politischen Generalstreiks befassen sollte. Die Initiative für diese Konferenz setzte das oben beschriebene „Aktionskomitee der Linksradikalen“, das während der Streikbewegungen im Jahr 1917 eine engere Verbindung zu Teilen der Arbeiter*innenklasse des südlichen Wiener Beckens erlangen konnte. So wurde nach dem erfolgreichen Streik der Elektriker*innen in Wöllersdorf, der die Antwort auf ein Explosionsunglück in der Blumauer Pulverfabrik am 17. Juli 1917 darstellte, erstmals ein Vertreter der Linksradikalen dem Streikkomitee beigezogen. (87) Die Konferenz in St. Egyden ermöglichte es den Linksradikalen, ihre Verankerung weiter zu vertiefen. Schon im Herbst 1917 traten Arbeiter*innenvertrauensmänner des Traisentals (Eisenwerk St. Aegy, Feilenfabrik Hohenberg, Stahlgießerei Traisen, Firma Neumann in Marktl) dem Aktionskomitee bei. (88)

Die Tätigkeit der Linksradikalen und insbesondere jene Eduard Schönfelds hat schon sehr bald die Aufmerksamkeit der Spitzel der Daimler-Werke auf sich gezogen. Einer dieser Spitzel schrieb an den militärischen Leiter des Betriebs:

„Die Daimlermitarbeiter sind brav, aber die Hetzer, diese Hunde, sind bestochen und wollen einen Frieden um jeden Preis ... da ist ein gewisser Schönfeld, das ist der Führer, der hält alle Hetzreden, der verteilt Flugschriften, er ist der ganze Schaden, um den kümmern Sie sich ...“ (89)

Frieden ohne Annexionen und Kontributionen

Wie die Diskussionen bei der Konferenz in St. Egyden zeigten, stand die Forderung nach Beendigung des Krieges im Vordergrund. Im Gegensatz zu den Streikbewegungen, die sich vor allem über ökonomische und betriebliche Fragen entzündeten, wurde somit bewusst ein politischer Punkt in den Vordergrund gerückt. Kurz nach der St. Egydener Konferenz hat sich die weltpolitische Situation durch die Machtergreifung der Bolschewiki in Russland während der Oktoberrevolution grundlegend verändert. Das erste Dekret, das die junge Sowjetmacht verabschiedete, war das Dekret über den Frieden. In diesem von Wladimir Iljitsch Lenin verfassten Dekret werden alle kriegführenden Nationen aufgefordert, einen „*sofortigen Frieden ohne Annexionen (...) und ohne Kontributionen*“ (90) zu schließen. Die Fortführung des Krieges bezeichnet das Dekret als Verbrechen.

„Diesen Krieg fortzusetzen, um die Fragen zu entscheiden, wie die starken und reichen Nationen die von ihnen annektierten schwachen Völkerschaften unter sich aufteilen sollen, hält die Regierung für das größte Verbrechen an der Menschheit, und sie verkündet feierlich ihre Entschlossenheit, unverzüglich die Bedingungen eines Friedens zu unterzeichnen, der diesem Krieg unter den obengenannten, für ausnahmslos alle Völkerschaften gleich gerechten Bedingungen ein Ende macht.“ (91)

In der Zwischenzeit ist auch die österreichische Sozialdemokratie auf einen pazifistischen Kurs zurückgekehrt. Die Parteiführung hat sich auf dem sozialdemokratischen Parteitag im Oktober 1917 in wichtigen Fragen der linken und pazifistischen Strömung angepasst. (92)

Nach der Aufforderung zum Friedensschluss durch Sowjet-Russland kommt es am 22. Dezember 1917, zwei Monate nach dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie, zu den ersten Verhandlungen in Brest-Litowsk zwischen den Mittelmächten und Sowjet-Russland. In den deutschsprachigen Gebieten der Monarchie scheinen die Arbeiter*innen relativ gut über die Entwicklungen in Brest-Litowsk informiert gewesen zu sein, da die Arbeiter-Zeitung regelmäßig Bericht erstattete und auch in den Kinos vor den Filmen über die Friedensverhandlungen berichtet worden ist. Nach der Forderung der deutschen Vertreter nach Abtrennung russischer Gebiete und einer darauf folgenden Verhandlungsunterbrechung durch die russische Delegation, kehrte dieselbe unter der Führung Leo Trotzki wieder an den Verhandlungstisch zurück. Nachdem jedoch der deutsche Generalmajor Hoffmann am 12. Jänner bekannt gab, dass er nicht bereit wäre, seine Truppen aus den besetzten Gebieten zurückziehen, löste dies eine spontane Empörung der Arbeiter*innenklasse auch der europäischen Länder inkl. Österreichs aus.

Während schon zuvor umfangreiche Vorbereitungen zur Durchführung eines Streiks getroffen wurden und sich die revolutionären Organisationen zu einer einheitlichen Organisation namens „Arbeiter- und Soldatenrat“ zusammengeschlossen haben, entschied man sich nun aufgrund der Verhandlungsergebnisse von Brest-Litowsk den schon seit der Konferenz in St. Egyden geplanten Streik nun früher beginnen zu lassen.

Streikverlauf und Entstehen der Räteorganisation

Nach mittlerweile langen Vorbereitungen gingen die Linksradikalen daran, den Streik in die Praxis umzusetzen. Am 13. Jänner schickt Schönfeld eine Delegation von Vertrauensmännern aus Ternitz und Wiener Neustadt nach St. Egidien und nach Wien, um die Nachricht zu überbringen, dass in Wiener Neustadt am 14. Jänner mit dem Generalstreik begonnen wird. Zusätzlich zu den Forderungen nach Waffenstillstand und Frieden entfachten die seit 9. Jänner bekannten und am 14. Jänner erfolgten Kürzungen der Brot- und Mehrlationen weitere Funken der Empörung. Für Selbstversorger*innen wurde die Quote für Brot von 300 auf 225, für Nicht-Selbstversorger*innen von 200 auf 165 und für Schwerarbeiter*innen von 300 auf 264 Gramm pro Tag gekürzt. Zusätzlich wurde die Mehrlation auf 250 Gramm pro Woche halbiert. (93)

Entgegen oft vertretener Anschauungen war der Jännerstreik jedoch keine spontane Reaktion auf die Quotenkürzungen, sondern eine schon seit langem durch die Wr. Neustädter Linksradikalen geplante und nun vor dem Hintergrund einer allgemeinen Empörung ausgelöste Massenaktion. Gleichzeitig dominierten klar politische Motive während des Streiks und hier vor allem die Forderung nach einem allgemeinen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen. Schon die Sozialdemokratie hatte aufgrund der Entwicklungen in Brest-Litowsk für den 13. Jänner fünf Versammlungen in Wien einberufen, die von den Linksradikalen als Möglichkeit zur Agitation genutzt wurden. Gleich am nächsten Tag veröffentlichten sie ein Flugblatt, das sich gegen die pazifistischen Anschauungen der Sozialdemokratie richtete. (94)

Trotz gewisser Einwände der Wiener Vertrauensmänner gegenüber dem Streik, versammelten sich am Morgen des 14. Jänner 4.500 Daimler-Arbeiter*innen im Fabrikshof und hielten eine (natürlich illegale) Betriebsversammlung ab, die von den Vertrauensmännern einberufen worden war. Nach stürmischen Verhandlungen beschloss die Versammlung einstimmig den Streik und zog zu einer Demonstration zum Hauptplatz los, wo sich insgesamt 10.000 Arbeiter*innen versammelten. (95) Auf Transparenten und Flugblättern wurden Losungen nach sofortigem Frieden erhoben, der Bürgermeister wurde von einer Delegation aufgefordert, eine Antwort der Regierung auf die Forderungen der Arbeiter*innenschaft zu verlangen. Sich der explosiven Lage bewusst, sandte die Regierung unmittelbar 1.000 Soldaten mit zwei Maschinengewehrzügen nach Wr. Neustadt, um die Lage zu beruhigen. 400 Mann einer vor Ort stationierten bosnischen Militäreinheit erhielt den Befehl mit dem Bajonett den Hauptplatz zu räumen. (96) Es kam zu Handgemengen und Tumulten, einige Fenster gingen zu Bruch. Noch am selben Tag schlossen sich andere Fabriken aus dem südlichen Wiener Becken der Streikbewegung an. An dem Ausstand beteiligten sich 1.700 Arbeiter*innen der Lokomotiv- und Maschinenfabrik, 1.200 Arbeiter*innen der Flugzeugwerke, 300 Arbeiter*innen der Radiatorenfabrik, 1.100 Arbeiter*innen der Munitionsfabrik Roth und 40.000 Arbeiter*innen der Wöllersdorfer Munitionsfabrik. (97) Vom Hauptplatz zogen die streikenden Arbeiter*innen weiter zum Arbeiterheim und

wählten auf Antrag Schönfelds je eine*n Vertreter*in aus den betrieblichen Streikleitungen in den Arbeiter*innenrat. Die Entstehung des Arbeiter*innenrats muss als Kombination aus fehlender Unterstützung für den Streik von Partei, Gewerkschaft und den meisten Fabriksausschüssen und bewusster Intervention der Linksradikalen angesehen werden. Nach den lebendigen Erfahrungen der russischen Rätebewegung verschmolz somit ein politischer Verallgemeinerungsprozess, der die Notwendigkeit der Räteorganisation anerkannte, mit einer sich rasch ausbreitenden Massenbewegung, die zu radikalem Protest gegen den Krieg und die schlechte Versorgungslage bereit war und sich Massenorgane zur Organisierung des Streiks schuf. Im Wiener Neustädter Arbeiter*innenrat hatten die Linksradikalen bedeutenden Einfluss, da zwei ihrer Mitglieder (Schönfeld und Urbanek) der Leitung angehörten. Sie stellten auch die Verbindung mit den Wiener Linksradikalen her und organisierten einen Kurierdienst, der Betriebe in Wien und in den oberösterreichischen Industriegebieten zum Anschluss an den Streik aufgefordert hat. (98) Am 14. und 15. Jänner standen alle Betriebe in Berndorf, Hirtenberg, Enzesfeld, Leobersdorf, Neunkirchen, St. Veit, Ternitz, Wimpassing, Weißenbach und Wöllersdorf still. Ein wenig später schlossen sich auch noch zahlreiche Betriebe in Brunn am Gebirge, Gumpoldskirchen, Klosterneuburg, Blumau, Ebreichsdorf und Marchegg der Streikbewegung an. (99) Die Sozialdemokratie reagierte auf die Streiks bereits am 15. Jänner mit einem Artikel für die am nächsten Tag erscheinende Arbeiter-Zeitung. Die Zensur ließ den Artikel mit einigen Einschränkungen passieren, nachdem selbiger in einem Telegramm an Graf Czernin als „Preis für Einwirkung sozialdemokratische[r] Führer auf [die] Streikbewegung“ (100) bezeichnet wurde. Kurz und gut: Die Regierung ließ den relativ radikal geschriebenen Artikel passieren, da sie sich eine Beruhigung der Bewegung durch die Sozialdemokratie erhoffte. Im Zusammenhang mit dem ausgebrochenen Streik erwähnt der mit Zensurlücken abgedruckte Artikel der Parteivertretung lediglich, dass „die Verpflegungsschwierigkeiten der jüngsten Zeit (...) in weiten Kreisen der Arbeiterschaft große Beunruhigung hervorgerufen“ (101) haben, verliert jedoch kein einziges Wort über den Streik selbst. Ungefähr zwei Drittel des Artikels behandeln die Frage des Krieges und erklären, dass wenn die Regierung nichts anderes im Sinne haben würde „als die Verteidigung unseres Landes und der Länder unserer Verbündeten, dann kann der Friede mit Rußland noch heute geschlossen werden.“ (102) Der wortradikale Artikel endet mit einer Aufforderung an die „Arbeiter und Arbeiterinnen (...) überall und immer wieder laut und nachdrücklich eure Stimme zu erheben und mit uns zu kämpfen: Für die schleunigste Beendigung des Krieges! Für den Frieden ohne offene und ohne verhüllte Eroberungen! Für den Frieden auf der Grundlage des unverfälschten Selbstbestimmungsrechts der Völker!“ (103)

Einerseits durch die Intervention der Linksradikalen, andererseits durch den Artikel in der Arbeiter-Zeitung breitete sich der Streik trotz der vorherigen Bedenken der Wiener Vertrauensmänner nun auch in den Wiener Betrieben rasch aus. Die ersten Betriebe, die in den Streik traten, waren das Arsenal mit 15.000 und die Fiatwerke in Floridsdorf mit 2.000 Arbeiter*innen. Am Abend des 16. Jänner befanden sich in Wien insgesamt bereits 84.300 Arbeiter und Arbeiterinnen im Ausstand. (104) Das Ziel der Sozialdemokratie war klar abgesteckt. Durch eine Intervention in die nicht mehr aufzuhaltende Streikbewegung

sollte die Kontrolle über dieselbe erlangt werden, „um die Bewegung zu erfassen, zu leiten und vor Mißdeutung wie vor Abirrungen zu schützen.“ (105) Um dieses Ziel zu erreichen, wurde versucht der Bewegung klar abgesteckte Ziele zu geben. In der Arbeiter-Zeitung vom 17. Jänner wird ein 4-Punkte-Forderungskatalog formuliert, unter dessen Erfüllung der Parteivorstand „eine Beruhigung der Arbeitermassen“ (106) für möglich hält. Diese Forderungen waren zusammengefasst: (107)

1. Die Regierung darf die Friedensverhandlungen nicht an territorialen Forderungen scheitern lassen
2. Eine Verbesserung der Versorgungssituation und eine Gleichstellung der Selbstversorger*innen mit der übrigen Bevölkerung
3. Demokratisierung des Gemeinewahlrechts nach dem Grundsatz des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts
4. Aufhebung der Militarisierung der Betriebe

Zusätzlich wurde auch noch ein Aufruf an die „Vertrauensmänner der streikenden Arbeiter“ gerichtet, sich „um 9 Uhr vormittags in den Parteilokalen der betreffenden Bezirke einzufinden und dort Bezirkskomitees zu wählen, die für die ordnungsgemäße Regelung des Ausstandes Sorge tragen sollen.“ (108) Auch hier tritt die Strategie der Parteiführung deutlich in den Vordergrund. Auf Grundlage der durchaus realistischen Einschätzung, dass man die Herausbildung von Räten, die in Wiener Neustadt und Umgebung bereits zur Tatsache geworden waren, nicht mehr verhindern könne, tat die Parteiführung alles, um diese entstehenden Organe selbst kontrollieren zu können. Laut den Angaben der Broschüre von Karl Renner ging die Anzahl der Versammlungen in Hunderte, allein in Favoriten kam es zu 53 Zusammenkünften, um die weitere Vorgehensweise zu diskutieren, die Vertrauensmänner auf die politische Linie des 4-Punkte-Programms einzuschwören und um Arbeiter*innenräte zu wählen. Bei der Wahl des Arbeiter*innenrates sicherte sich die Parteiführung zusätzlich zu den in Urwahlen gewählten Vertreter*innen zahlreiche Mandate, eine Strategie zur bürokratischen Kontrolle der Räte die später weiter institutionalisiert werden sollte. (109)

Mit 17. Jänner war die Rätebewegung nun zu einer machtvollen Tatsache geworden. Was jetzt aus Sicht der Sozialdemokratie noch fehlte, war die breite Zustimmung zu ihrem 4-Punkte-Programm und eine Zusage der Regierung diese Forderungen zu erfüllen, damit die Streiks wieder beendet werden konnten. Es wurde daher eine Sitzung aller Mitglieder des Arbeiter*innenrates für den nächsten Tag einberufen, um einen positiven Entschluss zum 4-Punkte-Programm herbeizuführen und sich somit durch den Arbeiter*innenrat eine höhere moralische Autorität zu sichern. Die Linksradikalen reagierten auf diese ver-räterischen Intentionen der sozialdemokratischen Parteiführung mit einem eigenen Flugblatt, indem ein alternatives 4-Punkte-Programm formuliert wurde:

1. Die Friedensdelegierten sind vom Volk zu wählen!
2. Auf allen Fronten ist sofort Waffenstillstand zu schließen!

3. Das Kriegsleistungsgesetz und die Militarisierung der Betriebe sind sofort aufzuheben! Alle Beschränkungen des Koalitionsrechtes und der politischen Freiheit sind abzuschaffen!

4. Friedrich Adler und alle anderen sind sofort freizulassen! (110)

Darüber hinaus beinhaltet das Flugblatt auch ein klares Bekenntnis zu den Grundsätzen der bolschewistischen Delegation in Brest-Litowsk: *„Das Interesse der Volksmassen vertreten nicht Czernin und Kühlmann mit ihren herrschsüchtigen Ansichten, sondern Lenin und Trotzki mit ihren internationalen Grundsätzen über das Selbstbestimmungsrecht der Völker.“*

(111) Des weiteren finden sich eine klare Ablehnung gegenüber der sozialdemokratischen Parteiführung und eine Aufforderung zur Ausweitung des Streiks und zur Wahl von Arbeiter*innenräten:

„Misstraut jenen patriotischen ‚Arbeiterführern‘, die euch seit dem ersten Tage des Krieges verraten und euch auch jetzt eure Streikgelder vorenthalten. Hört nicht auf ihre Beschwichtigungsreden, sondern bleibt fest im Streite für unsere Ziele. Habt ihr und eure Arbeiterbrüder im Schützengraben euer Leben für die Interessen eurer Unterdrücker eingesetzt? Dann fürchtet auch jetzt nicht den Säbel der Polizisten und ihre Maschinengewehre. Ihr Anderen aber steht nicht länger abseits. Heraus aus euren Werkstätten! Bringt nicht länger mehr Mordgranaten hervor! Heraus aus den Bergwerken ans Tageslicht! Lasst alle Räder stillstehen, Eisenbahnen und Straßenbahnen! Scharf euch zusammen auf Straßen und Plätzen! Wählt Arbeiterräte so wie in Russland, und der Massengewalt des Proletariats wird der Sieg gehören!“ (112)

Auch am 17. und am 18. Jänner breiteten sich die Streiks weiter aus. Vor allem die oberösterreichischen und steirischen Industriegebiete schlossen sich in diesen Tagen den Ausständen an. Aus Graz wurde am 18. Jänner berichtet, dass alle Betriebe in Donawitz, Bruck, Kapfenberg, Karlsdorf, Knittelfeld, Wartberg und Weiz die Arbeit niedergelegt haben. (113) Am 17. Jänner kam es auch in Galizien zu Demonstrationen und Streiks. Auch in Budapest traten die Arbeiter*innen sämtlicher Industrierwerke in den Streik. Bereits am Vormittag schlossen sich die Straßenbahnarbeiter*innen an, am nächsten Tag wurden auch die Warenhäuser und Banken bestreikt. Am 18. Jänner fanden in Budapest 15 Versammlungen statt. Die Parteileitung der ungarischen Sozialdemokratie verfasste einen Aufruf, in dem sie auf die Streikbewegung der österreichischen Arbeiter*innen verwies und bestimmt feststellt, dass *„die sozialdemokratischen Arbeiter Ungarns ihrem Beispiel folgen“* (114). Am 18. Jänner umfasste der mittlerweile überregionale Streik somit zwischen 550.000 (Angaben der Regierung) und 1.000.000 (Angaben Ernst Winkler) Arbeiter und Arbeiterinnen.

Beendigung des Streiks

Bei der ersten Sitzung des Arbeiter*innenrates am 18. Jänner im Margaretener Eisenbahnerheim gab der Sozialdemokrat Karl Seitz Berichte über die Streiks und die bereits

stattgefundenen Verhandlungen zwischen sozialdemokratischen Parteiführern und der Regierung ab. Im Namen des Parteivorstandes schlug er auch die Annahme des 4-Punkte-Programms der Sozialdemokratie vor. (115) Bei dem am Abend zuvor stattgefundenen Treffen zwischen sozialdemokratischer Delegation und Regierung wurden bereits erste vage Zusicherungen der Regierung eingeholt. Graf Czernin ließ folgendes telegraphieren: *„Ich hafte und büрге ... dafür, daß der Friede unsererseits nicht an Eroberungsabsichten scheitern wird Wir wollen nichts von Rußland, weder Gebietsabtretungen noch Kriegsschädigungen. Wir wollen nur ein freundnachbarliches, auf sicherer Grundlage beruhendes Verhältnis, das von Dauer ist und aufgegenseitigem Vertrauen ruht.“*

Am 19. Jänner kam es zu einer neuerlichen Sitzung des Arbeiter*innenrates, auf der versucht wurde, einen Entschluss zum Streikabbruch herbeizuführen. Während der Streik an diesem Tag seinen Höhepunkt erreichte, die Regierung sich in einer defensiven Lage befand und die Arbeiter*innen bereit waren weiter zu kämpfen, unternahm die Parteileitung jeden Versuch, noch weitere verbale Zugeständnisse von Seiten der Regierung zu erhalten. Zu den anderen drei Punkten aus dem sozialdemokratischen Programm gab es vage und nichtssagende Bekundungen eines guten Willens. Victor Adler, Renner, Seitz und Ellenbogen, die die Verhandlungen geführt haben, hatten nichtsdestotrotz konkrete Aussagen in der Hand, die sie der Sitzung des Arbeiter*innenrates vorlegen konnten, um ihr Ziel der Beendigung des Streiks zu erreichen. Unter anderem gestützt auf die Nachricht von Czernin, gelang es den sozialdemokratischen Agitatoren den Arbeiter*innenrat zu überzeugen. Nach mehrstündigen Debatten, in denen auch zusätzliche Forderungen (Achtstundentag, Freilassung Friedrich Adlers) aufkamen, nahm der Arbeiter*innenrat das 4-Punkte-Programm als politische Grundlage an.

Trotz der vagen Versprechungen der Regierung, die eine konkrete Umsetzung der Forderungen auf einen unbestimmten Zeitpunkt verschoben hat, entschloss sich der Parteivorstand der Sozialdemokratie den Streik nun zu beenden. Erst nach dem Jännerstreik wurde bekannt, dass die Antwort der Regierung auf die Forderungen der Sozialdemokratie *„nach dem Vorschlag der Arbeiterführer“* verfasst wurde. (116)

Auf der seit 18 Uhr im Eisenbahnerheim Margareten tagenden Sitzung wurde bis 21 Uhr über den Streik selbst diskutiert, während die sozialdemokratischen Führer noch in Verhandlung mit der Regierung waren. Dass man Berichte über den Streik entgegennahm und über seinen weiteren Verlauf diskutierte, demonstrierte deutlich die Stimmung des Arbeiter*innenrats vor der Beeinflussung der Sozialdemokratie — man wollte den Streik fortführen. Nachdem die Verhandlungen mit der Regierung beendet wurden, begaben sich die Verhandlungsführer ebenfalls in das Eisenbahnerheim. Bis 03.30 wurde diskutiert, bis ein Entschluss gefasst wurde: Mit 308 gegen 2 Stimmen wurde für die Beendigung des Streiks gestimmt. (117)

Am nächsten Tag wurde in zahlreichen Versammlungen versucht die Arbeiter*innen von einer Wiederaufnahme der Produktion zu überzeugen. Dabei stieß man auf durchaus breiten Widerstand der Arbeiter*innenbasis. Rufe wie „Verräter“ oder „Räuber“ waren keine Seltenheit, linksradikale Redner heizten die Stimmung zusätzlich an. In einem Polizeibericht ist zu lesen, dass *„tausende von Arbeitern im Banne von Leuten wie Baral und*

Genossen standen, daß nach den Reden Barals stürmische Hochrufe auf die Revolution ausgebracht und der Redner umarmt und geküßt wurde.“ (118)

Franz Zehetner, ein Vertrauensmann aus dem Arsenal und Mitglied des Wiener Arbeiter*innenrates berichtete über die Versuche des Streikabbruches:

„Zum Abbruch des Streiks haben im Ottakringer und im Favoritner Arbeiterheim sowie im Eisenbahnerheim Berichtsversammlungen stattgefunden, wo die Vertrauensmänner das berichteten, was ihnen Viktor Adler gesagt hat, weshalb sie von den Arbeitern Verräter genannt wurden.“ (119)

Trotz des Beschlusses des Arbeiter*innenrates dauerte es bis zum 23. Jänner bis in Wien alle Streikenden wieder die Arbeit aufnahmen, in Ternitz, Wiener Neustadt und Neunkirchen wurde bis 24. (25.) Jänner weitergestreikt. (120) Durch die Intervention der Sozialdemokratie, das moralische Gewicht des Wiener Arbeiter*innenrates und die Verhaftung vieler linksradikaler Führer, war die Bewegung nun zersplittert worden. Jene Teile, die entschlossen waren den Streik weiterzuführen, sahen sich bald in einer isolierten Position. Auch die Agitation von Mitgliedern der Linksradikalen den Streik wieder zu beginnen, konnte zwar einige Betriebe noch für einige Tage weiter im Ausstand halten, trug jedoch insgesamt aufgrund der stärkeren Isolierung wenig Früchte.

„Außerstande, den Streik zum Siege zu führen, mussten wir wenigstens den Versuch unternehmen, die Wiener Proletarier zum Anschluß an den Protest der Neustädter zu vermögen. Während der Arbeiterrat in Floridsdorf beriet, ob er dem Beschlusse der Wiener Arbeiterratssitzung beitreten solle, mobilisierten wir die Fabriksarbeiter, Fiat verharrete im Streik und riß die meisten der anderen Betriebe mit sich fort. Ebenso ging es in anderen Bezirken. Rothmüller wirkte beispielgebend auf einige Betriebe, das Arsenal verharrete im Kampfe, und wieder flammte die Bewegung empor. (...) Am 24. Jänner wurde überall die Arbeit wieder aufgenommen. Nur Ternitz, das allzeit getreue, das Bethlehem des Kommunismus, streikte einen Tag länger.“ (121)

Rolle der Sozialdemokratie

„Während des grossen Ausstandes in Deutschösterreich ist unverkennbar eine starke radikale Unterströmung wirksam gewesen, die sich mehrmals mit grosser Leidenschaft gegen die Parteimehrheit und vor allem gegen den Parteivorstand kehrte. Man hat in grossen Volksversammlungen heftige Worte gegen den Parteivorstand geschleudert, ihm vorgeworfen, dass er unentwegt ‚bremse‘ und die wahre radikale Volksstimmung nicht zum Durchbruch kommen lasse. Es hat so mancher in vielen Kämpfen ergraute Vertrauensmann vor einer erbitterten Menge zurückweichen müssen, während irgendein unbekannter Mann, wenn er nur trotzig aufbegehrte, leichthin das Feld behauptete.“ (122)

Dieses aus einem Artikel von Julius Deutsch stammende Zitat benennt die zentralen Momente des Widerspruches zwischen der Radikalität der Streikbewegung und der Anschauungen der Sozialdemokratie. Es wäre noch weitere Untersuchungen wert, inwiefern es zutrifft, dass Deutsch hier von der Deckungsgleichheit zwischen den Anschauungen des

Parteivorstandes und der Parteimehrheit spricht, oder ob es nicht vielmehr der Fall ist, dass auch die Mehrheit der sozialdemokratischen Parteimitglieder für die Fortführung des Streiks war.

Klar ist auf jeden Fall, dass die Parteiführung kein Interesse hatte, die im Jännerstreik entstehende Rätebewegung zu alternativen Machtorganen auszubauen und die politische Macht durch diese Doppelmachtorgane zu ergreifen. Dies ist einerseits auf die oben geschilderten Anpassungstendenzen an das System des bürgerlichen Parlamentarismus, andererseits jedoch auch auf die Ablehnung des Räteystems als Herrschaftsform in Westeuropa zurückzuführen. Statt einen revolutionären Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung anzustreben, wollte die Sozialdemokratie *„von einem Schritt zum anderen zielbewußt fortschreitend, die sozialistische Gesellschaft allmählich aufbauen.“* (123)

Objektiv betrachtet hat die Sozialdemokratie somit über die direkte beschwichtigende Einwirkung auf den Arbeiter*innenrat zur Beendigung des Jännerstreiks, den Zusammenbruch der Habsburger-Monarchie hinausgezögert und sich gegen die letzte Konsequenz einer Machtergreifung entschieden. Der Linksradikale und spätere Führer der KPDÖ Franz Koritschoner bewerte dies wie folgt:

„Überall erscholl der Kampfruf des illegalen Arbeiter- und Soldatenrates: Kampf gegen den imperialistischen Krieg, sofortiger Frieden mit Sowjetrußland, Frieden um jeden Preis, Wahl von Arbeiterräten und Entsendung von Arbeiterräten als Friedensmission, Aufhebung der Militarisierung, Haftentlassung aller politisch Verfolgten. Da griff die sozialdemokratische Parteileitung ein, sie hatte zuerst die Bewegung verhindern wollen, sie hatte dann die Aktion in rein wirtschaftliche umzufälschen gesucht, sie trat an die Spitze der Bewegung, die ohne ihren Willen, gegen ihre Tendenzen des ‚Burgfriedens‘ entstanden war, um Sabotage zu üben.“ (124)

Diese Rolle hat sie auch zu Beginn der 1. Republik fortgesetzt, indem sie trotz einer relativen Schwäche der österreichischen Bourgeoisie und der dadurch resultierenden Stärke der Arbeiter*innenbewegung zwischen 1918 und 1920 eine Koalitionsregierung einging. Trotz dieses von vielen Arbeiter*innen als „Verrat“ empfundenen Verhaltens gegenüber der Streikbewegung konnte die Sozialdemokratie ihre hegemoniale Rolle über die Arbeiter*innenklasse behalten. Dies liegt vor allem daran, dass die Einheit der Partei gewahrt werden konnte und die austromarxistische Herangehensweise von radikaler Wortwahl kombiniert mit gemäßigter Politik innerhalb eines bürgerlich parlamentarischen Rahmens der am 3. November 1918 gegründeten Kommunistischen Partei den Wind aus den Segeln nahm.

Das Verhalten der SDAP nicht nur während des Weltkrieges, sondern vor allem auch während des Jännerstreiks demonstriert ganz deutlich, dass sie als Instrument der Revolution unbrauchbar geworden war und sich vielmehr als entscheidendes Hindernis erwiesen hatte. Vielmehr hat man versucht die Streikbewegung so schnell wie möglich zu beenden, die radikalisierten Teile der Arbeiter*innenklasse zu kanalisieren und die entstandene Rätebewegung bürokratisch zu dominieren. Die Sozialdemokratie wurde eine konterrevolutionäre Kraft - eine Kraft also, die trotz ihrer partiellen Erkämpfung weiterer Reformen und der Organisierung weiter Teile der Arbeiter*innenklasse sich in allen wichtigen historischen

Momenten revolutionärer Situationen auf die Seite der Abwiegler stellte, anstatt das Proletariat offen auf die Machtergreifung vorzubereiten und zu organisieren.

Das Verhalten zur Rätebewegung ist diesbezüglich besonders ausdrucksvoll. Während Räte nicht nur spontane Organe zur praktischen Organisierung von Klassenkämpfen, sondern in erster Linie gesellschaftliche Doppelmachtorgane auf betrieblicher und politischer Ebene sind, versuchte die Sozialdemokratie letzteren Aspekt vollkommen auszublenden. Mit einer in den Statuten der Räte festgeschriebenen Dominanz der Sozialdemokratie, versuchte man die Räte nur dann einzusetzen, wenn es zu Streikbewegungen kam, anstatt in ihnen alternative gesellschaftliche Machtorgane zur Erkämpfung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu sehen. Die Verneinung dieser revolutionären Aufgabe von Räten ist unmittelbar mit der Herausbildung der Arbeiter*innenbürokratie verbunden, die jegliches Interesse am Sturz des Kapitalismus verloren hatte, da sie – gut integriert in den bürgerlichen Staatsapparat – selbst von ihm profitierte. Die Schaffung einer neuen revolutionären Partei wurde somit zu einer vordringlichen Aufgabe für die weitere Entwicklung des Klassenkampfes in Österreich – eine Aufgabe die bis heute nicht gelöst wurde.

Rolle der Linksradikalen

Die Linksradikalen konnten im Jännerstreik eine zu ihrer Größe überproportionale Rolle spielen. Dass dies möglich war liegt vor allem daran, dass sie schon sehr früh damit begonnen haben, eine unabhängige Organisation aufzubauen und eine eigene programmatische Grundlage als Anleitung für ihre Tätigkeiten auszuarbeiten.

Besonders soll hier noch einmal auf das Verhältnis zwischen Linksradikalen und der Sozialdemokratie eingegangen werden. Wie aus oben zitierten Flugblättern klar hervorgeht, haben die Linksradikalen in jeder Situation des Jännerstreiks die Rolle der Sozialdemokratie stark kritisiert, gleichzeitig jedoch eine Differenzierung zwischen Führung der Partei und der in ihr organisierten Arbeiter*innen gemacht. Schon im September 1916 brachte Franz Koritschoner einen Vorschlag zur Schaffung einer gemeinsamen Plattform aller oppositioneller Sozialdemokrat*innen ein. Dies ist insofern interessant, da es eine praktische Vorwegnahme der später von der Komintern theoretisierten Einheitsfronttaktik darstellte und die Linksradikalen damit auch in einen Gegensatz zur teilweise ultralinken Politik der später gegründeten KPDÖ bringt.

Nach dem Jännerstreik wurden die meisten Führer der Linksradikalen verhaftet bzw. einrückend gemacht. Im Fall von Eduard Schönfeld bedeutete dies zum Beispiel, dass er an den weiteren Protesten und Streikbewegungen (Mai, Juni 1918) nicht teilnehmen konnte, da er von 30.01.1918-14.12.1918 in der III. Ersatzkompagnie des k. u. k. Infanterieregimentes Nr. 94 dienen musste.

Diverse Versuche zur Neuorganisierung der Linksradikalen, die teilweise noch illegale Arbeit in den nach der Konferenz im August 1917 ausgeschlossenen Jugendorganisationen leisteten, konnten keine Erfolge verzeichnen. Versuche einer Parteigründung wurden von der Polizei zerschlagen. Die Repression führte auch zum Abbruch vieler Kontakte der

Gruppen untereinander, die Phase zwischen Sommer 1918 und der Gründung der KPDÖ war eine Phase der Stagnation der Bewegung, der auch die Linksradikalen endgültig zum Opfer fielen. (125)

Als zentrale Lehre der Tätigkeiten der Linksradikalen bleibt für heute die Erkenntnis der absoluten Notwendigkeit eines subjektiven Faktors in den Kämpfen der Arbeiter*innenklasse. Während spontane Empörungen über Repression im Betrieb, den schlechten Zuständen der Lebensmittelversorgung und die Ablehnung einer Fortführung des Krieges sich immer wieder Bahn brachen, wurde ein verallgemeinerter Ausstand unter politischem Vorzeichen erst durch die bewusste Intervention der Linksradikalen losgetreten. Die Unterordnung zuerst des Wiener und späterer anderer Arbeiter*innenräte unter das 4-Punkte-Programm der Sozialdemokratie hat die nach wie vor bestehende Schwäche der Linksradikalen als subjektiven Faktor aufgezeigt. Während es unter schwierigen Bedingungen, die der Erste Weltkrieg hervorgerufen hat, gelungen ist, wichtige Revolutionärinnen und Revolutionäre in einer einheitlichen Organisation zusammenzufassen und ein einheitliches Programm auszuarbeiten, konnte der Schritt zur politischen Partei mit relevanter Verankerung innerhalb der Arbeiter*innenklasse nie genommen werden. Schuld daran sind neben der geringen Größe der Linksradikalen auch objektive Umstände (Repression nach dem Jännerstreik) und die fehlende Herausbildung eines wirklich linken Flügels (ähnlich wie Luxemburg und Liebknecht in Deutschland) innerhalb der Sozialdemokratie. Anstatt dass es zum Bruch kam, war der linke Flügel in der Sozialdemokratie immer das nützliche ideologische Feigenblatt für die reaktionären Vorhaben der Parteiführung. Dadurch gelang es eine hegemoniale Stellung innerhalb der Arbeiter*innenbewegung zu erhalten, die sich unmittelbar auf Versuche zur Schaffung revolutionärer Parteien auswirkte.

IV. WEITERE ENTWICKLUNG DER RÄTEORGANISATION

Nachdem der Streik durch die Intervention der sozialdemokratischen Parteiführung beendet wurde, traf der Arbeiter*innenrat am 24. Jänner erneut zusammen. Eine in die Tiefe gehende Durchorganisation der Arbeiter*innenschaft bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Kontrolle durch die Sozialdemokratie, sollte das Ziel dieses Treffens sein. Zusätzlich wollte man von Seiten des Parteivorstands natürlich versuchen, Fälle zu vermeiden, in denen wieder von ihm unkontrollierte Bewegungen entstehen können. Hans Hautmann zitiert dazu Karl Renner:

„Es genügt nicht den Bericht (über den Streik, HH.) zur Kenntnis zu nehmen, sondern wir müssen nachdenken, wie wir uns für solche künftigen Fälle so rüsten, daß unsere Parteioorganisation imstande ist die Bewegung zu leiten und in solchen Bahnen zu erhalten, daß sie dem Proletariat nützt. Für die Partei besteht die schwere Aufgabe, die Unorganisierten zu beeinflussen. Die Partei muß ihren Vertrauensmännerapparat behalten, aber mehr in die Tiefe ausbauen. (...) Das Institut der Arbeiterräte muß mit viel Eifer von der Partei aufgegriffen werden. Es muß über den Arbeiterräten eine gemeinsame Exekutive sein, um die Einheitlich-

keit der Aktion zu gewinnen, die diesmal gefehlt hat - beim Anfang wie beim Abbau.“ (126)
Ein unmittelbares Resultat dieser Anschauungen ist die Veränderung der Statuten des Arbeiter*innenrates. Laut Statuten musste man mindestens seit sechs Monaten Mitglied der sozialdemokratischen Partei sein, um dem Arbeiter*innenrat angehören zu dürfen. Gleichzeitig sollte er nicht ein ständiges Gremium sein, sondern nur im Falle von Streiks und anderen auf Betriebsebene organisierten Protesten einberufen werden.

Zusätzlich zur sozialdemokratischen Kontrolle hat man somit auch die Konzeption des Arbeiter*innenrates fundamental verändert: Von einem politischen Organ zur Behauptung der Macht des Proletariats wurde er zu einem von oben kontrollierten ökonomischen Organ zur Organisation und Überwachung von Streikbewegungen.

V. LEHREN FÜR HEUTE

Jede Idee braucht einen Träger, braucht ein gesellschaftliches Subjekt, das ihr zur Durchsetzung und materiellen Manifestierung zu helfen vermag. Es reicht jedoch nicht aus darauf zu warten, bis Subjekt und Idee sich in einem zufälligen geschichtlichen Moment treffen, vielmehr bedarf es eines Transmissionsriemens, der in zugespitzten sozialen Kämpfen die Massen mit einer richtigen Strategie des Kampfes ausstatten kann. Für uns ist die Idee das revolutionäre Programm, das Subjekt die Arbeiter*innenklasse und der Transmissionsriemen die revolutionäre Partei. Eine Kombination dieser drei Faktoren - d.h. die Zusammenfassung der fortgeschrittensten Teile der Arbeiter*innenklasse in einer Partei auf der Grundlage eines revolutionären Programms - bildet die Basis, auf der die Widersprüche des Kapitalismus durch Sprengung der Gegensätze aufgelöst werden können. Ein Glied dieser Kette war in den Tagen des Jännerstreiks besonders schwach - jenes der revolutionären Partei. Die Räte - so wichtig sie auch für die Organisation des Streiks und als erste Ansätze zur Doppelmacht waren - konnten auch die Partei nicht ersetzen. Denn während eine revolutionäre Partei ihr Programm aus einer wissenschaftlichen Analyse der Gesellschaft und der ihr innewohnenden sozialen Gegensätze ableitet, sind Räte spontane Organe der Massenaktion, deren politisches Programm durch die Anforderungen der gerade aktuellen Fragen des Kampfes bestimmt wird. Während die vom Wr. Neustädter Arbeiter*innenrat erhobenen Forderungen (Schluss mit dem Krieg, Aufhebung der Militarisierung der Betriebe, Freilassung der politischen Gefangenen, etc.) durchaus zentrale Artikulationspunkte der damaligen sozialen Auseinandersetzung waren, so fehlte ihnen doch eine Verbindung mit der Frage der politischen Macht in der Gesellschaft. Der Sturz der kaiserlichen Regierung oder die Einberufung einer konstituierenden Versammlung sind Forderungen, die von niemand erhoben worden sind. Die Differenzen zwischen den 4-Punkte-Programmen der Sozialdemokratie und der Linksradiكالen mögen deshalb vielleicht als taktische Fragen über die unmittelbar anstehenden Aufgaben anstatt als grundlegende strategische Differenzen angesehen worden sein. Warum auch nicht? Nirgends wurde klar ausgesprochen, dass es ein Gebot der Stunde sei, die bestehende politische und soziale Ordnung aus ihrem Rahmen zu reißen und eine neue Ordnung aufzubauen.

Kurz: der entscheidende Faktor, der zum Umwandlung der revolutionären Situation 1918-1920 in eine erfolgreichen Revolution fehlte, war eine revolutionäre Partei. Eine revolutionäre Partei, die ein klares Programm, das auf den Sturz des Kapitalismus und die proletarische Machtergreifung abzielte, besaß und die es verstand, ein solches Programm mit den notwendigen Taktiken und Methoden der Massenmobilisierung und -organisation sowie der Einheitsfronttaktik gegenüber der Sozialdemokratie zu verbinden. Eine solche Partei kann nicht erst in einer revolutionären Situation selber geschaffen werden, denn - so betonten Lenin und Trotzki immer wieder - dann ist es zu spät. Eine solche Partei muss vorher, in den Klassenkämpfen und durch die Verarbeitung der politischen und theoretischen Lehren, geschmiedet werden. Diesem Ziel hat sich die Gruppe Arbeiter*innenstandpunkt verschrieben.

ANMERKUNGEN

1 So wurden z.B. Streiks durch das Strafgesetz von 1852 verboten und bei Nichtbeachtung Arreststrafen von bis zu drei Monaten verhängt. Auch wurden die von den Arbeiter*innen selbst eingerichteten Fabrikskassen oft als sozialistisch denunziert und daraufhin aufgelöst (siehe dazu: Hautmann, Hans; Kropf, Rudolf: Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945. Sozialökonomische Ursprünge ihrer Ideologie und Politik, Europaverlag, Wien, 1974, S. 43.)

2 Siehe dazu: Hautmann, Hans; Kropf, Rudolf: Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945, S. 74f.

3 Verhandlungen des Parteitages der Osterreichischen Sozialdemokratie in Hainfeld, 30./31. Dezember 1888 und 1. Januar 1889, Wien, 1889, S. 3. Vgl.: Konecny, Albrecht K. (Hrsg.): Modelle für die Zukunft. Die österreichische Sozialdemokratie und ihre Programme, Löcker Verlag, Wien, 1993, S. 21f.

Die Hervorhebungen sind dem abgedruckten Protokoll des Parteitags entsprechend. Der Referent Pokomy strich diesen Paragraphen noch gesondert hervor, indem er in seinem Redebeitrag darauf verwies, dass man auf dieses Ziel „alle Kraft verwenden“ müsse.

4 ebenda, S. 21.

5 Mit marxistischer Theorie beschäftigten sich die Parteiführer jedoch eher spärlich bzw. spät. Victor Adler z.B. hat Marx' Kapital erst 1895 gelesen (siehe: Adler: Reden und Schriften, Heft 1, S. 127.)

6 ebenda.

7 Engels, Friedrich: Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891, in: MEW, Bd. 22, Dietz Verlag, Berlin, 1972, S. 233.

8 ebenda, S. 235.

9 Verhandlungen des dritten österreichischen Sozialdemokratischen Parteitages abgehalten zu Wien am 5., 6., 7., 8. und 9. Juni 1892 (PT-Protokoll), Wien, 1892, S. 118f.

10 Verhandlungen des vierten österreichischen sozialdemokratischen Parteitages abgehalten zu

Wien vom 25. bis einschließlich 31. März 1894, Wien, 1894, S. IX.

11 PT-Protokoll 1892, S. 142ff.

12 Victor Adler Aufsätze, Reden und Briefe. Hrsg. vom Parteivorstand der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs, Heft 1, Wien, 1929, S. 25. VGA A1 15/1

13 Ucakar, Karl: Demokratie und Wahlrecht in Österreich. Zur Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik in: Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik Band 24, Wiener Neustadt 1985, S. 266.

14 Maderthaner, Wolfgang: Die Entstehung einer demokratischen Massenpartei: Sozialdemokratische Organisation von 1889 bis 1918, in: Maderthaner, Wolfgang; Müller, Wolfgang C. (Hrsg.): Die Organisation der österreichischen Sozialdemokratie 1889-1995, Löcker Verlag, Wien, 1996, S. 50.

15 Hanisch, Ernst: Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Ueberreuter, Wien, 2005, S. 231.

16 Verhandlungen des sechsten österreichischen Sozialdemokratischen Parteitag abgehalten zu Wien vom 6. bis einschließlich 12. Juni 1897, Wien, 1897, S. 49.

17 ebenda.

18 Konecny (Hrsg.): Modelle für die Zukunft, 5. 22.

19 ebenda, S. 33.

20 Hautmann, Kropf: Die österreichischen Arbeiterbewegung, S. 116.

21 Maderthaner: Die Organisation der österreichischen Sozialdemokratie, S. 66ff.

22 So wuchs der Organisationsgrad der sozialdemokratischen Gewerkschaften in Wien von 20 (1904) auf 39 Prozent (1907). Für Niederösterreich, Böhmen und Schlesien sind die entsprechenden Zahlen: 6 (1904) / 27 (1907), 6 (1904) / 20 (1907), 6 (1904) / 24 (1907). Den mit Abstand am besten organisierten Sektor stellte das Graphische Gewerbe mit 94%, danach kamen Papier und Leder mit 37% und die Chemische Industrie mit 36%. (siehe dazu: Mesch, Michael: Arbeiterexistenz in der Spätgründerzeit. Gewerkschaften und Lohnentwicklung in Osterreich 1890-1914, Europaverlag, Wien, 1984, S. 44, S. 47.

23 Österreichisches statistisches Handbuch für die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder, Jg. 31, 1912, Wien 1913, S. 166, zitiert in: Hautmann; Kropf: Die österreichische Arbeiterbewegung ..., S. 102.

24 Siehe Stuttgarter Resolution über Militarismus und die internationalen Konflikte; abgedruckt in: Julius Braunthal: Geschichte der Internationale, Hannover 1961, S. 370-7

25 Hautmann, Kropf: Die österreichische Arbeiterbewegung, S. 117.

26 Heiß, Gernot: Zur antimilitaristischen Taktik der österreichischen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg. Die Diskussion auf dem Gesamtparteitag von 1903, in: Betz, Gerhard; Hautmann, Hans (et al.): Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte, Europaverlag, Wien-München-Zürich, 1978, S. 562.

27 ebenda, S. 564.

28 Lenin, Wladimir I.: Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution, in: Lenin: Gesammelte Werke (nachstehend LW), Bd. 25, Dietz Verlag, Berlin, 1960, S. 402.

29 Ardel, Rudolf G.: Vom Kampf um Bürgerrechte zum „Burgfrieden“. Studien zur Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie 1888-1914, Verlag für Gesellschaftskritik, Wien, 1994, S. 83.

- 30 Arbeiter-Zeitung, 5. September 1914, S. 1.
- 31 Arbeiter-Zeitung, 14. September, S. 3.
- 32 Zitiert in: Hautmann, Hans: Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918-1924, Europaverlag, Wien-Zürich, 1987, S. 93.
- 33 Arbeiter-Zeitung, 11. August 1914, S. 6.
- 34 Ardel: Vom Kampf um Bürgerrechte zum „Burgfrieden“, S. 107 .
- 35 Hautmann, Hans: Die Anfänge der linksradikalen Bewegung und der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs 1916-1919, Europa Verlag, Wien, 1970, S. 1.
- 36 Braunthal, Julius: Victor und Friedrich Adler. Zwei Generationen Arbeiterbewegung, Wien, 1965, S. 233.
- 37 Zum Vergleich der politischen Haltungen der Sozialdemokratie auf der einen und der russischen Bolschewiki auf der anderen Seite zum imperialistischen Weltkrieg 1914-18 siehe auch Michael Pröbsting: Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg. Die Strategie Lenins und der Bolschewiki; in: Revolutionärer Marxismus Nr. 40 (2009).
- 38 zitiert in: Böhm, Joachim: Die österreichische Sozialdemokratie (DSAPÖ) im Ersten Weltkrieg, Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Hohen Philosophischen Fakultät der Martin-Luther-Universität zu Halle Wittenberg, 1964, S. 114, vgl: Der Kampf, Januar 1915.
- 39 Hautmann: Die Anfänge der linksradikalen Bewegung..., S. 3,
- 40 Böhm: Die österreichische Sozialdemokratie..., S. 119.
- 41 ebenda, S. 168f.
- 42 Heinz, Karl: Kampf und Aufstieg. Die Geschichte der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung Österreichs, Sasi-Verlag für Jugend- und Sportliteratur, Wien, 1932, S. 114.
- 43 ebenda.
- 44 Böhm: Die österreichische Sozialdemokratie..., S. 119.
- 45 ebenda, S. 119.
- 46 ebenda, S. 116ff.
- 47 ebenda, S. 166.
- 48 ebenda, S. 165.
- 49 Rothenberg, Gunther E.: The Habsburg Army in the First World War. 1914-1918, in: The Habsburg Empire in World War I. Essays on the intellectual, military, political and economic aspects of the Habsburg war effort, East European Monographs, No. XXIII, Columbia University Press, New York, 1977, S. 73.
- 50 ebenda.
- 51 ebenda, S. 74.
- 52 Militärstatistisches Jahrbuch für 1913, zitiert in: Rothenberg, Gunther E.: The Habsburg Army in the First World War, S. 74f.
- 53 Rothenberg: The Habsburg Army in the First World War, S. 77.
- 54 Österreich-Ungarns letzter Krieg 1914-1918, Österreichisches Bundesministerium für Heereswesen, Band 2, Verlag der militärwissenschaftlichen Mitteilungen, Wien, 1931, 8.271.
- 55 Wegs: Transporation, S. 124.

56 ebenda, S. 129.

57 Rothenberg: The Habsburg Army in the First World War, S. 81.

58 Planner, Karl: Nieder mit dem Krieg! Für sofortigen Frieden! Der große Jänner-Streik 1918 in Wiener Neustadt, Verein Museum und Archiv für Arbeit und Industrie im Viertel unter dem Wienerwald, Wiener Neustadt, 1997/71, S. 12.

59 Engels, Friedrich: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, in: Marx, Karl; Engels, Friedrich: Gesammelte Werke, Bd. 21, Dietz Verlag, Berlin 1973, S. 165.

60 Wegs, Robert J.: Die österreichische Kriegswirtschaft 1914-1918, Verlag Dr. A. Schendl, Wien, 1979, S. 20.

61 ebenda.

62 ebenda, S. 19.

63 ebenda, S. 18.

64 Wegs, Robert J.: Transportation. The Achilles Heel of the Habsburg War Effort, in: The Habsburg Empire in World War I, a.a.o., S. 122.

65 Wegs: Die österreichische Kriegswirtschaft, S. 27.

66 Angelehnt an das Modell von Hautmann und Kropf, die sich wiederum auf das Werk von Gustav Gratz (Gratz, Gustav; Schüller, Richard: Der wirtschaftliche Zusammenbruch Österreich-Ungarns: Die Tragödie der Erschöpfung. Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges: Österreichische und ungarische Serie, Wien, 1930, S. 37-204) stützen.

67 Loewenfeld-Russ, Hans: Die Regelung der Volksernährung im Kriege, Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden. Abteilung für Volkswirtschaft und Geschichte, Wien 1926, S. 47.

68 Wegs: Die österreichische Kriegswirtschaft, S. 54, S. 85.

69 ebenda, S. 120.

70 Loewenfeld-Russ: Die Regelung der Volksernährung im Kriege, S. 523.

71 ebenda, S. 328.

72 ebenda, S. 328f.

73 ebenda, S. 329.

74 ebenda, S. 337.

75 Wegs: Die österreichische Kriegswirtschaft, S. 94.

76 Bruckmüller, Ernst: Sozialgeschichte Österreichs, Verlag für Geschichte und Politik, Wien, 2001, S. 354ff.

77 ebenda, S. 357.

78 Unfried, Berthold: Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung im 1. Weltkrieg. Wien und Niederösterreich, in: Maderthaner, Wolfgang (Hrsg.): Sozialdemokratie und Habsburgerstaat, Löcker Verlag, Wien, 1988, S. 133.

79 ebenda, S. 136

80 Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs. Abgehalten in Wien vom 31. Oktober bis zum 3. November 1919, Wien, 1920, S. 94f.

81 Bericht der Gewerkschaftskommission Deutschösterreichs an den Ersten deutschösterreichischen (Achten österreichischen) Gewerkschaftskongreß in Wien 1919, Wien, 1910, S. 102.

- 82 „Die Gewerkschaft“, 12.6.1917, S. 134, zitiert in: Unfried: Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung im 1. Weltkrieg, 5. 141.
- 83 Unfried: Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung im 1. Weltkrieg, 5. 138.
- 84 Hautmann, Hans; Garscha, Winfried R.: Soziale und politische Veränderungen in Österreich im Gefolge des Ersten Weltkriegs, in: Soziale und politische Veränderungen in der Welt am Ende des Ersten Weltkrieges und die Arbeiterbewegung (1917-1920), Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung, 15, Linzer Konferenz 1979, Europaverlag, Wien, 1981, S. 112f.
- 85 Planner: Der große Jännerstreik 1918, S. 1f.
- 86 Planner: Der große Jännerstreik 1918, S. 1f. Der Zeitraum der Beschäftigung Schönfelds in den Daimler-Werken stammen aus Aufzeichnungen aus dem Archiv des Industrieviartelmuseums, 16 (Karton) / 15 (Kuvert)
- 87 Hautmann: Geschichte der Rätebewegung, S. 145.
- 88 ebenda, S. 146.
- 89 zitiert in: Planner: Der große Jännerstreik 1918, S. 6.
- 90 Dekret über den Frieden, in: LW, Bd. 26, S. 239.
- 91 ebenda, S. 240.
- 92 Hautmann; Kropf: Die österreichische Arbeiterbewegung ..., S, 122.
- 93 Hautmann: Die österreichische Rätebewegung ..., S. 46. Diese Zahlen, die auf die Gemeindeverwaltung Wiens verweisen decken sich nur teilweise mit jenen, die von Loewenfeld-Russ angeführt werden: 300 g auf 225 g Getreide pro Tag für Selbstversorger, 366 g auf 300 g Getreide pro Tag für Schwerarbeiter (Selbstversorger), 200 g auf 165 g Mehl pro Tag für Nichtselbstversorger, 300 g auf 264 g Mehl pro Tag für Schwerarbeiter (Nicht-Selbstversorger); Für die konkreten massenpsychologischen Auswirkungen sind diese kleinen Abweichungen jedoch vernachlässigbar.
- 94 Unfried, Berthold: Krieg und Übergang zur Republik im Wiener Neustädter Industriegebiet, im Besitz des Archivs des IVM, 16/3 S. 7.
- 95 Planner: Der große Jännerstreik 1918, S. 9.
- 96 ebenda, S. 12.
- 97 ebenda, S. 10f.
- 98 Hautmann: Die österreichische Rätebewegung..., S. 154.
- 99 Winkler, Ernst: Der Jännerstreik 1918, erschienen in: Die Zukunft. Sozialistische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur, Heft 1, Jänner 1968, S. 3.
- 100 zitiert in: Hautmann: Die Österreichische Rätebewegung..., S. 155.
- 101 Arbeiter-Zeitung, 16. Jänner 1918, S. 1.
- 102 ebenda.
- 103 ebenda.
- 104 Hautmann: Die österreichische Rätebewegung ..., S. 156.
- 105 Dieses Zitat stammt aus der Broschüre von Karl Renner „Um Friede, Freiheit und Recht! Der Jännerausstand des innerösterreichischen Proletariats, Wien, 1918“. Zitiert in: Hautmann: Die österreichische Rätebewegung ..., S. 155.
- 106 Arbeiter-Zeitung, 17. Jänner 1918, S. 1.

- 107 ebenda.
- 108 ebenda.
- 109 Hautmann: Die österreichische Rätebewegung ..., S. 160.
- 110 Das Volk steht auf! (Flugblatt der Linksradikalen), zitiert aus dem Archiv des IVM, 16/7
- 111 ebenda.
- 112 ebenda.
- 113 Winkler: Der Jännerstreik 1918, S. 3.
- 114 ebenda.
- 115 ebenda, S. 5.
- 116 Hautmann: Die österreichische Rätebewegung ..., S. 167.
- 117 ebenda, S. 169.
- 118 zitiert in: ebenda.
- 119 Archiv des IVM, 16/17.
- 120 Hautmann: Die österreichische Rätebewegung ..., S. 171. Laut einem Artikel von Franz Koritschoner, einem wichtigen Führer der linksradikalen Bewegung, dauerte der Streik in Ternitz bis zum 25. Jänner (siehe: Franz Koritschoner: Der Jännerstreik und seine Vorgeschichte. Die sozialistische Demokratie vor dem Kriege, abgedruckt in: Theorie und Praxis. Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik, Nummer 2/3 1970, S. 12.)
- 121 Koritschoner: Der Jännerstreik..., a.a.0., S. 12.
- 122 Deutsch, Julius: Radikale Strömungen, Artikel im „Der Kampf“, Jahrgang 11, Februar 1918, Nummer 2, in: Der Kampf, sozialdemokratische Monatsschrift, Elfter Band, Jänner 1918 bis Dezember 1918, Wien, 1918, Verlag von Georg Emmerling, S. 71.
- 123 Bauer, Otto: Der Weg zum Sozialismus, zitiert in: Löw, Raimund: Otto Bauer und die russische Revolution, Europaverlag, Wien 1980, S. 46.
- 124 Koritschoner: Der Jännerstreik, a.a.0., S. 11.
- 125 Hautmann: Die Anfänge der linksradikalen Bewegung ..., S. 35.
- 126 zitiert in: Hautmann: Geschichte der Rätebewegung in Österreich..., S. 172f.

Der Arbeiter*innenstandpunkt ist eine internationalistische, kommunistische Organisation. Unser Ziel ist die Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft, in der es keine Ausbeutung und Unterdrückung mehr gibt. Diese Gesellschaft kann nicht durch stetige Reformen erreicht werden, sondern erfordert einen radikalen, revolutionären Bruch der Arbeiter und Arbeiterinnen mit den heutigen kapitalistischen Zuständen. Deshalb unterstützen wir alle Kämpfe, Aktionen und Forderungen, die die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zum Ausdruck bringen und die Keimform einer größeren, zukünftigen Arbeiter*innenbewegung sind. Wir unterstützen jeden Kampf, sei er auch noch so klein, um die Lebensbedingungen hier und jetzt zu verbessern!

Der Sozialismus, für den wir kämpfen, kann nur international geschaffen werden. Die elementaren Bestandteile und Forderungen – wie das Recht auf Nahrung, weltweiter Frieden oder eine solidarische Aufteilung der Arbeit auf alle Menschen – können nicht im nationalen Rahmen bestehen und verbinden die werktätige Bevölkerung auf der ganzen Welt miteinander. Wir haben daher nichts mit den Regimen des ehemals „real existierenden Sozialismus“ gemein. In diesen Staaten herrschte nicht das arbeitende Volk, sondern eine bürokratische Kaste, die das Proletariat unterdrückte und sich selbst bereicherte. Die kapitalistischen Herrschaftsformen, ob parlamentarische Demokratien oder offene Diktaturen, schützen hingegen die Macht der Elite aus Kapitalisten und Kapitalistinnen. Deshalb treten wir für eine Räterepublik ein, d.h. die demokratische Machtausübung der Arbeiterinnen und Arbeiter selbst durch direkte Wahl und Abwahl von Delegierten, auf die sich die Regierung, die Staatsgewalt und sämtliche Verwaltungsgremien stützen.

Als Arbeiter*innenstandpunkt sind wir in sozialen Bewegungen und Klassenkämpfen aktiv und kämpfen dort für ein Programm im Sinne der gesamten Arbeiter*innenklasse. In Großbetrieben bilden wir Betriebsgruppen und organisieren Betriebstreffen und Kampagnen gegen die aktuelle Kürzungs- und Sparpolitik der Bosse aus Wirtschaft und Politik. Auf dieser Basis üben wir Kritik an der Gewerkschaftsbürokratie, die im Sinne der Sozialpartnerschaft schon lange nicht mehr konsequent für die Interessen der Beschäftigten eintritt. Trotzdem wollen wir den Gedanken der Gewerkschaft nicht verwerfen, denn als Institution der Lohnabhängigen selbst ist sie ein Kampfinstrument gegen die Ausbeutung durch das Kapital. Wir treten dabei ein für eine Demokratisierung der Gewerkschaften und eine Entmachtung der Bürokratie durch den Aufbau einer kämpferischen Basisbewegung. Unser Hauptanliegen ist es, die politischen und ökonomischen Teilkämpfe, z.B. am Arbeitsplatz, mit einer allgemein-politischen Perspektive zu verbinden, die über das Bestehende hinausweist und der Arbeiter*innenklasse zur Einsicht in ihr gesamtgesellschaftliches Klasseninteresse verhilft.

Der Kapitalismus fordert tagtäglich unzählige Opfer und zerstört Menschenleben – durch Hunger, Krieg und Unterdrückung. Es ist an uns, diesem System etwas Neues entgegenzusetzen. Kämpfe mit uns für den Aufbau einer neuen Partei der sozialistischen Revolution.

Jänner 2018

Preis 2,5 €

Der Jännerstreik 1918 war wohl der größte Streik in der Geschichte der österreichischen Arbeiter*innenbewegung. Dabei ging es keineswegs nur um die elendigen Bedingungen, denen die Arbeitenden gegen Ende des Krieges ausgesetzt waren - der Jännerstreik war ein zutiefst politischer Streik gegen den Krieg selbst. Zugleich war er auch der Anbeginn einer Rätebewegung in der Habsburger-Monarchie und der Ausdruck einer zutiefst revolutionären Situation.

In dieser Broschüre untersuchen wir die Ursachen der Streikbewegung, die Aktivitäten der „Linksradikalen“ und die Rolle der Sozialdemokratie, die den Streik schließlich beendete und den Räten ihr revolutionäres Potential nahm. Denn die Lehren dieses historischen Klassenkampfes müssen auch heute noch gezogen werden, in einer Situation in der die historischen Errungenschaften der Arbeiter*innenklasse angegriffen werden und die sozialdemokratische Partei die Arbeiter*innenbewegung unangefochten bürokratisch dominiert.

www.arbeiterinnenstandpunkt.net